

Arbeitsmarktpolitik und Strukturwandel:

Stirbt der Osten aus?

Folgen der Abwanderung und
mögliche Gegenstrategien

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung,
Landesbüro Thüringen
Nonnengasse 11
99084 Erfurt

Titelfoto

Artus-Atelier, Erfurt

Gestaltung und Herstellung

Artus-Atelier, Erfurt

© by Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN 3-89892-126-3

Inhalt

Vorwort <i>Reinhold Einloft</i>	4
Aspekte der Bevölkerungsentwicklung und -struktur Oder Sicher sterben auch die Ostdeutschen so bald nicht aus <i>Karl Schwarz</i>	7
Der Fall Thüringen <i>Wolf Wagner</i>	25
Warum siedeln Unternehmen trotz massiver öffentlicher Förderung nicht in „Problemzonen“ an? <i>Prof. Dr. Klaus Merforth</i>	37
Anhang	55

Vorwort

Reinhold Einloft,
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Landesbüro Thüringen

Stirbt der Osten aus? – diese Frage ist zugegeben provokativ. Auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23. Mai 2002 in der Fachhochschule Erfurt wollten wir Probleme aufzeigen und Wege skizzieren, wie der Abwanderungsfalle zu begegnen ist.

Historisch betrachtet sind Migration und Wanderbewegungen beständige Teile der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind, über die Zeit betrachtet, normaler Bestandteil der Völkerbildung. Schon immer musste der Mensch dem Überleben, der Arbeit und der Lebensqualität hinterher wandern. Die polnischen Namen im Ruhrgebiet, der heutige Standort der Sachsen, das Durchgangsland und Auffangbecken der Hessen, sie und viele andere Ergebnisse der Wanderung der Völker zeugen davon. Die Heimat zu verlassen ist sicher allen schwer gefallen. Zu wünschen ist es niemandem.

Ob und wie die Wellenbewegungen der sich entvölkernden und bevölkernden Räume gelenkt werden können, ist besonders für die Neuen Bundesländer eine existenzielle Frage. Patentrezepte zur Lösung dieses Problems gibt es nicht. Aber lieb gewordene Vorurteile – der Osten sterbe aus – müssen schon neu bewertet werden. Denn, so Prof. Schwarz, ehemaliger Leiter des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, das langfristige Problem ist nicht, dass der Osten sich nach Westen bewegt, sondern dass die Deutschen auszusterben drohen. Seine Tabellen geben Auskunft. Für dieses alles anderen überlagernde Problem muss dringend ein Bewusstsein geschaffen und es müssen Handlungsalternativen entwickelt werden.

Ehrlichkeit ist geboten. Ehrlich zu sagen, in dieser Gegend werden sich die Räume weiter leeren, in anderen weniger und dort und da nicht. Letzteres ist oft der Fall. Die Datenlage zeigt es. Könnte es sein, dass individuelle Wahrnehmungen nicht Schritt halten mit den Fakten? Denn

von 1991 an ließ die Abwanderung aus den Neuen Ländern nach, gleichzeitig nahm die Zahl der Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet stetig zu. Während 1990 noch 395 343 Menschen von Ost nach West wechselten und weniger als 10 Prozent (36 217 Personen) den umgekehrten Weg einschlugen, hatten sich bis 1997 die Fort- und Zuzüge fast ausgeglichen. Seit 1998 geht die Schere wieder auseinander, wobei die Entwicklung bei Männern und Frauen unterschiedlich ist: bei den Männern hat die Zahl der Zuwanderer in den Osten schon ab 1994 die Zahl der Fortzüge erreicht (1996 und 1997 war der Wanderungssaldo bei den Männern sogar positiv, es kamen also mehr Männer in den Osten als Abwanderer aus dem Osten wegzogen). Bei den Frauen dagegen war die Wanderungsbilanz durchgehend negativ, d.h. es sind immer mehr Frauen in den Westen gezogen als umgekehrt. Und dann sind es vor allem die Jugendlichen, die es wegzieht. Der nun wieder negative Saldo zwischen Ost- und Westdeutschland wird hauptsächlich durch abwandernde 18- bis unter 30jährige verursacht.

Im Jahr 1999 zog es 200 000 Menschen in den Westen und 150 000 in den Osten. Dieser Saldo mit knapp 50 000 Menschen ist keinesfalls gravierend. Vom Aussterben, Ausbluten eines Landes durch Abwanderung kann kaum die Rede sein. Sicher, einzelne Landesteile leiden besonders unter den Wegzügen. Andere dagegen profitieren von den Zuzügen.

Ein weiterer Aspekt ist, dass subjektiv die Entvölkerung durch Abwanderung verwechselt wird mit Veränderung der individuellen Lebensart. Die Städte entleeren sich mehr in das Umland als gen Westen. Mitte der 1990er Jahre waren die Umzüge vorwiegend ins eigene „Heim ins Grüne“ doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Dieser Prozess der Suburbanisierung hat zur Entleerung der städtischen Zentren und einem Nachlassen des urbanen Lebens geführt, was beim Betrachter den Eindruck des verstärkten Wegzugs erwecken kann.

Woher kommt dann die pauschale Meinung, der Osten wandere aus?

Abwandernde Menschen sind ein volkswirtschaftliches und gesellschaftliches Problem. Allerdings wird es schon ab 2005 dank des radikalen Geburtenknicks im Osten einen Run auf Facharbeiter und Lehrlinge geben. Was im Osten mit dem Ausbau von Anreizen gegen Abwandern erprobt wird, kann sich in Kürze zu einem komparativen Vorteil nicht nur in Deutschland entwickeln. Denn absehbar ist die Zeit, in der Arbeitskräfte Hände ringend gesucht werden.

Aber auch das Anreizsystem muss verbessert werden. „Musik muss her“ sagt der Rektor der Fachhochschule Erfurt, Prof. Wagner und meint damit Infrastrukturgebote in allen Bereichen. Denn nur dort, wo die „Musik“ spielt, ist Attraktivität, wollen gerade junge Menschen leben. Natürlich ist die Arbeitsproduktivität im Durchschnitt weniger hoch als in den westlichen Bundesländern. Das aber ist nicht der einzige Entscheidungsfaktor für den Investitionsstandort. Um Investitionen anzulocken sind andere Faktoren mit ausschlaggebend. Für den Wirtschaftswissenschaftler Prof. Mehrfort zählt dazu das Image der Region und das Selbstbewusstsein. Stolz ist angesagt, so Prof. Mehrfort, denn es ist schon viel erreicht worden. Es ist ein Fundament da, das ausgebaut werden kann.

Aufforsten allerdings kann manchmal auch sinnvoll sein.

Die Frage in der Einladung, nicht im Programm zu dieser Veranstaltung „Sterben die Ostdeutschen aus?“ war gewiss eine rhetorische, wird aber von mir ernst genommen. Ich fasse sie nämlich als Sorge über eine Entwicklung auf, die uns alle beschäftigen sollte, weil sie uns alle angeht. Ich kann Ihnen dazu keine einfache Antwort geben, aber immerhin Tendenzen aufzeigen. Das hängt mit der Eigentümlichkeit demographischer Vorgänge zusammen, die sich dadurch auszeichnen, dass ihre Wirkungen nicht von heute auf morgen eintreten, sondern i.d.R. lange Zeit brauchen, um mit allen ihren Verästelungen ganz sichtbar zu werden. Das ist zugleich die Ursache dafür, dass die Demographen oder Bevölkerungswissenschaftler Schwierigkeiten haben, sich in einer breiten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Da es sich um Massenerscheinungen handelt, können wir als Einzelne immer sagen: wir seien eigentlich nicht betroffen. Noch leichter fällt die Ausrede „Kommt Zeit, kommt Rat“; denn es gibt so vieles, was erst in der Zukunft wirksam wird. Wenn heute z.B. weit weniger Kinder geboren werden als – gesellschaftlich gesehen – zur Erhaltung des Humanvermögens erwünscht wären, so kann das für die Gegenwart durchaus als Entlastung betrachtet werden: denn diese Kinder werden erst in 20 Jahren Arbeitskräfte und damit Steuer- und Beitragszahler und noch viel später Betreuer ihrer alt gewordenen Eltern. Ich schicke noch einen Vorbehalt voraus: Erwarten Sie von mir keine Prophezeiungen, denn auch für die Demographen enthält die Zukunft viele Ungewissheiten. Ich glaube aber, dass ich Ihnen, wie schon erwähnt, Gewissheit über einige wichtige Tendenzen vermitteln kann, unter denen sich auch solche befinden werden, von denen man wünschen möchte, dass sie ausbleiben.

Aspekte der Bevölkerungsentwick- lung und -struktur Oder Sicher sterben auch die Ostdeutschen so bald nicht aus

Karl Schwarz

Zur ostdeutschen Bevölkerungsentwicklung im allgemeinen

Werfen wir einen Blick auf Tabelle 1, so möchte man glauben, es sei das Schicksal Ostdeutschlands, zu einer ständigen Bevölkerungsabnahme verurteilt zu sein. Seit 1950 beträgt sie über 3 Millionen oder fast 20 %. Demgegenüber nahm die westdeutsche Bevölkerung von 51 auf 67 Millionen oder 30 % zu. Dabei wird allerdings manches Mal vergessen, dass diese Zunahme fast vollständig auf Zuwanderung beruht, darunter über 7 Millionen Ausländer, mehrere Millionen Spätaussiedler aus den Siedlungsgebieten der Deutschen in Ost- und Südeuropa, auch Menschen aus Ostdeutschland. Ein Überschuss der Sterbefälle über die Geburten besteht in Westdeutschland seit 1972 und für die deutsche Bevölkerung im Westen hat er 1999 nahezu 100 000 erreicht.

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 1950–2000

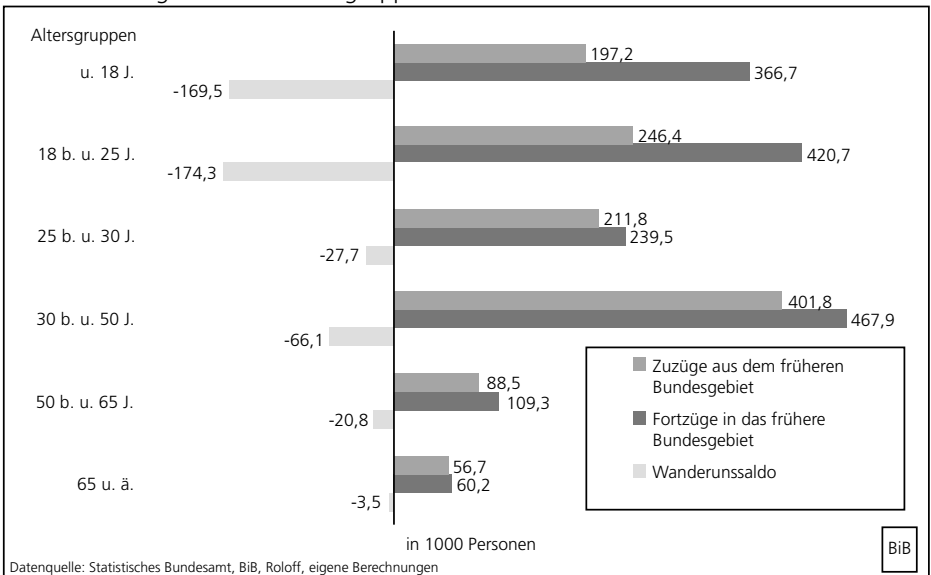
Jahr	Einwohnerzahl (in Millionen Einwohner)	Prozent
1950	18,4	100
1960	17,2	93
1970	17,1	93
1980	16,7	91
1990	16,0	87
2000	15,1	82

In Ostdeutschland ist für die Gegenwart die Abwanderung nach dem Westen seit 1989 von besonderem Interesse. Sie beträgt – per Saldo – bis 1999 1,2 Millionen oder rund 8 % der Bevölkerung von 16 Millionen im Jahr 1990. Dass hier heute viele Wohnungen leer stehen, hat natürlich auch darin Ursachen. Selbstverständlich sind auch viele Menschen vom Westen nach dem Osten gezogen. Im Jahr 1999 waren es 151 000, bei gleichzeitig 196 000 Umzügen von Osten nach

Westen. Nordrhein-Westfalen hat nicht viel mehr Einwohner als alle ostdeutschen Bundesländer zusammen und verzeichnete 1999 144 000 Fortzüge nach anderen Bundesländern, verglichen mit den sieben genannten 196 000 aus Ostdeutschland; Niedersachsen mit nur halb so viel Einwohnern wie Ostdeutschland sogar 157 000 und dazu noch einen negativen Wanderungssaldo in der Größenordnung der ostdeutschen Länder in den letzten Jahren. Man kann also sagen, dass sich die ostdeutsche Bilanz aus den Wanderungen innerhalb Deutschlands fast normalisiert hat. Bedenklich stimmen eher die regional sehr unterschiedlichen Wanderungsverluste. Das gilt vor allem für die hohen Wanderungsverluste – bis in die Gegenwart – von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt von 3,9 bzw. 6,5 á 1000 Einwohnern noch im Jahr 1999 und damit – wenn man von den Stadtstaaten absieht, weil es dabei vorwiegend um Abwanderung ins Umland geht – den höchsten länderspezifischen Wanderungsverlusten in den überschaubaren 10 Jahren überhaupt.

Wanderungsverluste im Osten geringer als in Niedersachsen

Wanderungen zwischen den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) und dem früheren Bundesgebiet nach Altersgruppen in der Summe der Jahre 1991 bis 1999



Zur Geburtenentwicklung

Ich fasse mich hier ebenfalls kurz und beginne wieder mit einem kleinen Rückblick. In Westdeutschland hat sich die Zahl der Kinder – im folgenden immer bezogen auf 100 Frauen – nach abgeschlossener Familienbildung bei rund 140 stabilisiert. Anzeichen für eine Änderung sind seit 25 Jahren nicht ersichtlich. Knapp 210 Kinder wären zum sog. Generationserhalt erforderlich. Darunter ist ein Geburtenniveau zu verstehen, bei dem im Durchschnitt die Generationen der Eltern durch die Generationen der Kinder gerade ersetzt werden: Das ist, wie gesagt, schon lange nur zu zwei Dritteln der Fall. Auf Dauer nimmt die Bevölkerung bei dieser Situation von Generation, d.h. im Abstand von knapp 30 Jahren, immer wieder um ein Drittel ab, wenn kein Ausgleich durch Zuwanderung erfolgt.

*In je 30 Jahren
nimmt die Bevölkerung der Bundesrepublik um
ein Drittel ab*

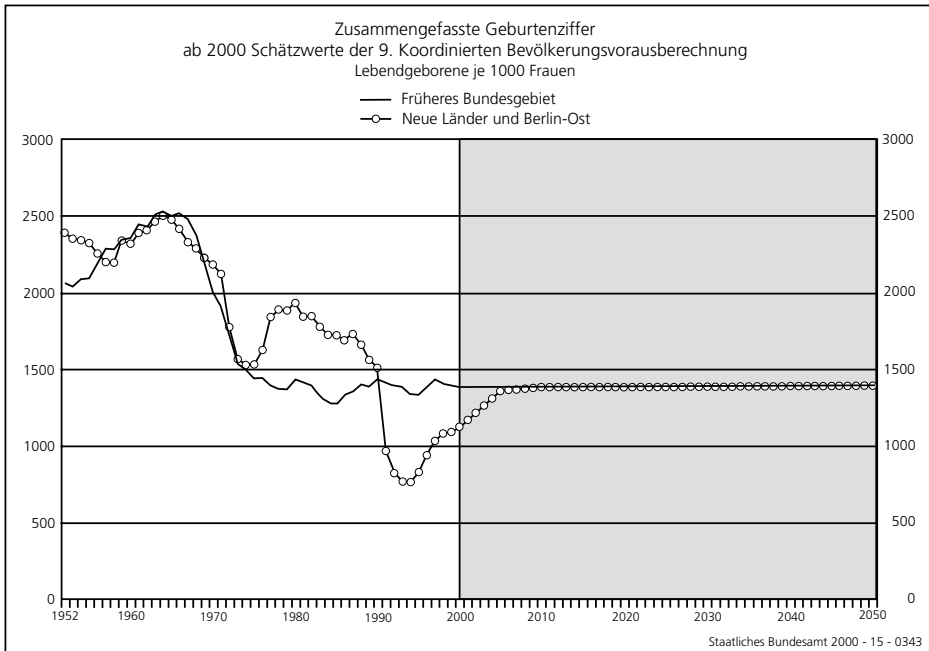
Bedenklich ist allerdings der hohe Abwanderungssaldo jüngerer Menschen. Fasst man die Ergebnisse für die Jahre 1991 bis 1999 zusammen, so liegt das Schwergewicht der Abwanderung bei den 18- bis 25jährigen. Bei den Ältesten ist die Wanderungsbilanz in diesem Zeitraum fast ausgeglichen. Bei den Menschen im Rentenalter ist seit einigen Jahren für Ostdeutschland sogar eine positive Wanderungsbilanz zu verzeichnen. Man kann es durchaus als wahrscheinlich ansehen, dass die Wanderungen zwischen Ost und West in der Summe in Kürze ausgeglichen sein werden. Das mag sogar für die jüngeren Personen gelten. Jetzt gehören sie in Ostdeutschland noch den starken Geburtsjahrgängen aus der Zeit um 1980 an. Ab 2010 rücken jedoch die schwachen Geburtsjahrgänge ab 1990 in das Alter nach, in dem bisher die starken Geburtsjahrgänge um 1980 standen.

Die hierdurch entstehenden Lücken bei den jüngeren Leuten im Erwerbsalter dürften dann viele veranlassen, im Osten zu bleiben .

In Ostdeutschland war diese Lage, wie auch in Westdeutschland, um 1975 erreicht und hat sich seitdem im Westen, wie gesagt, nicht verändert. Das geht eindrucksvoll aus Bild 3 hervor, das uns noch einmal im Zusammenhang mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung beschäftigen wird. Viele

hier im Saal werden sich erinnern, dass die damalige politische Führung in der DDR nicht gewillt war, die daraus zu erwartende negative Bevölkerungsentwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Arbeitskräfteangebot, hinzunehmen, zumal dieses durch die vorangegangene Abwanderung nach dem Westen schon geschwächt war. Es wurden daher zahlreiche, bevölkerungspolitisch motivierte Maßnahmen ergriffen, die den meisten hier bekannt sein werden. Ich will daher hierauf nicht eingehen. Wichtig ist aber hervorzuheben, dass diese Maßnahmen nicht wirkungslos blieben. Für die Jahrgänge, die davon voll profitierten, führten sie zu einer Zunahme der Kinderzahl auf etwa 180 je 100 Frauen. Nur etwa 10 % der Frauen blieben kinderlos, während der Anteil der kinderlosen in Westdeutschland allmählich auf über 25 % stieg. Auf den sehr geringen Anteil kinderlos Gebliebener, der bei den Verheirateten sogar nur 6 % verglichen mit 15 % im Westen betrug, ist die Zunahme der Kinderzahlen hauptsächlich zurückzuführen. Eine Begleiterscheinung war das relativ niedrige Heiratsalter. Der Anteil der Drei- oder Mehrkinderfamilien im Westen wurde im Osten allerdings nicht erreicht. Das familienpolitische Programm der DDR soll nahezu 80 % der „Kinderkosten“ gedeckt haben. Der größte Teil wird dabei die institutionelle Betreuung der Kinder in Kinderkrippen, im Kindergarten und in der Ganztagschule ausgemacht haben. In Westdeutschland kostet heute im Monat bei ganztätiger Betreuung ein Krippenplatz ca. 750,-€, ein Kindergartenplatz ca. 350,-€. Auf's knappste zusammengefasst kann man sagen, dass das familienpolitische Programm der DDR in den 70er und 80er Jahren nicht die Hoffnungen auf eine bestandserhaltende Bevölkerungsentwicklung erfüllte, aber wohl mit Erfolg dazu diente, eine Erwerbsbeteiligung der Frauen von nahezu 100 % zu erreichen. Schließlich wurde damit auch ein Mentalitätsumschwung hinsichtlich der Einstellung der Männer und Frauen zur Frauenerwerbstätigkeit erzeugt, die sich auch heute noch in höheren Erwerbsquoten der Frauen – in Ostdeutschland – und einer geringeren Bereitschaft zu Teilzeittätigkeiten niederschlägt.

In der DDR wurde die Geburtenrate durch staatliche Maßnahmen gesteigert



Statistisches Bundesamt, Juli 2000

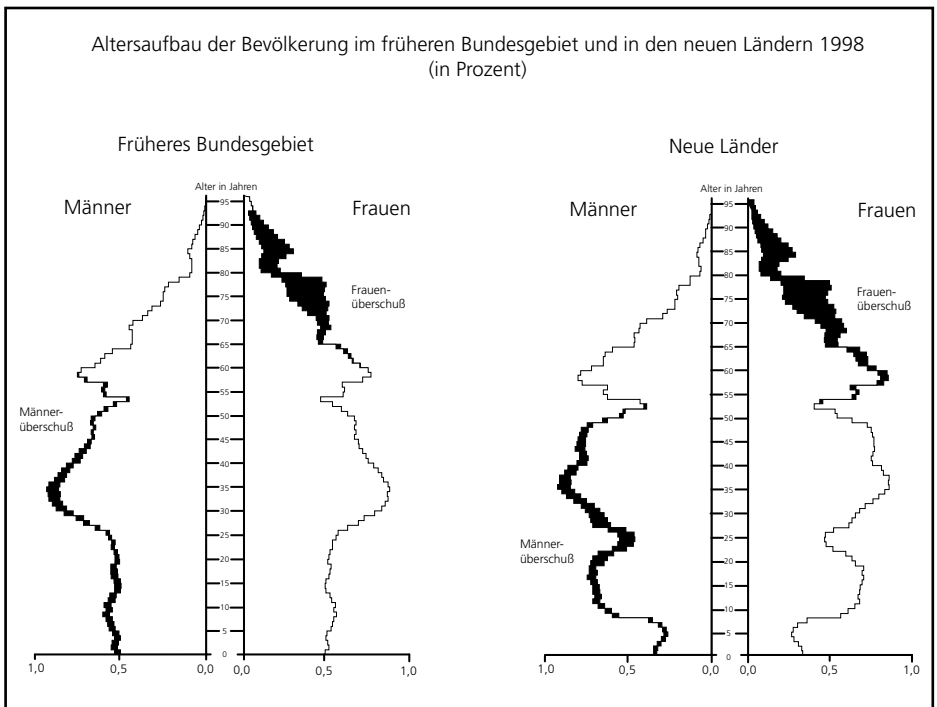
Die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung in Ost und West

Für eine erste Orientierung mögen die „Alterspyramiden“ in Bild 4 für Ost- und Westdeutschland dienen. Sie sind weitgehend ein Spiegelbild gemeinsamer deutscher Geschichte, indem die beiden Weltkriege und die große Wirtschaftskrise um 1932 ihre Spuren durch Kriegstote und Geburtenausfälle hinterlassen haben, ebenso wie die relativ hohen Geburtenzahlen in den 60er Jahren, als es in nahezu allen Industrieländern eine Art Geburtenboom gab. Danach folgte in Westdeutschland ein tiefer Einschnitt, der hier bis heute anhält, in Ostdeutschland durch familienpolitische Gegenmaßnahmen, die schon erwähnt wurden, aber begrenzt blieb. Hierauf folgte dann ein noch tieferer Einbruch nach 1990 mit der sog. „Wende“, die man – sehr grob – mit der dadurch erzwungenen Neuorientierung in fast allen Lebensbereichen beschreiben kann.

In sehr starker Zusammenfassung ergibt sich z.Z. trotzdem ein Bild von großer Übereinstimmung der Altersstruktur in Ost und West, über das Bild 4 informiert.

In Ost und West sind rund 21 % der Bevölkerung noch keine 20 Jahre alt und jeweils rund 23 % 60 und älter. Der Anteil der 20–30ig-jährigen stimmt mit jeweils 12 % sogar völlig überein und ebenso der Anteil der 30- bis 59jährigen mit 44 %. Die Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter von 20–59 Jahren macht somit jeweils 56 % aus.

Wir wollen jetzt anhand von Ergebnissen der Vorausschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung prüfen, ob das so bleiben wird.



Ausgewählte Ergebnisse neuer Vorausrechnungen der Bevölkerungsentwicklung- und Bevölkerungsstruktur

Zugrundeliegende Annahmen

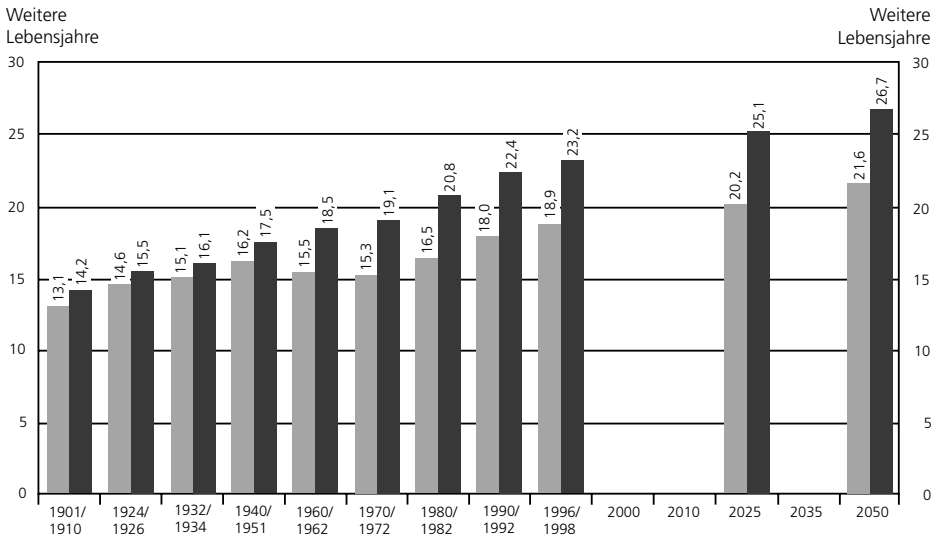
Es handelt sich um die Ergebnisse eines gemeinsamen Unternehmens des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter in Tuchfühlung mit der Bundesregierung und den Landesregierungen, ausgehend von dem durch die Staatl. Landesämter ermittelten Bevölkerungsstand nach Geschlecht und Alter zum Jahresende 1998. Hierbei galten für die weitere Bevölkerungsentwicklung folgende Annahmen: Hinsichtlich der Sterblichkeit ist von einer Angleichung der Verhältnisse in Ost und West und einer weiteren Zunahme der Lebenserwartungen in den kommenden 20 Jahren um ca. 4 Lebensjahre ausgegangen worden. Das mag wenig erscheinen, bedeutet aber eine Zunahme der Lebenserwartung der Rentner um fast 20 % oder – ausgedrückt in den heutigen Ausgaben für die soziale Rentenversicherung von über 60 Milliarden – bei – wie wir noch sehen werden – sinkenden Zahlen der Beitrags- und Steuerzahler.

In Bezug auf die Geburtenhäufigkeit wurde für den Osten eine allmähliche Angleichung an die Verhältnisse im Westen in den kommenden 10 Jahren unterstellt und mit konstant 140 Kindern je 100 Frauen weitergerechnet.

In Bezug auf die Wanderungen über die Auslandsgrenzen Deutschlands wurde von mehreren Varianten ausgegangen. Wir wählen hier die Variante, welche von einem jährlichen Plussaldo von 200 000 Ausländern ausgeht, den man schon leicht mit der Aufnahme von Asylsuchenden, der Familienzusammenführung, der Erweiterung der EU und der Aufnahme von Spezialisten begründen kann. Es wurde weiter unterstellt, dass etwa ein Fünftel dieser Ausländer in Ostdeutschland Aufnahme finden würden.

Über die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens der Annahmen kann man naheliegenderweise streiten. Sollte sich herausstellen, dass sie revidiert werden müssen, sind Neuberechnungen der Vorausschätzungsergebnisse heute weder ein

Fernere Lebenserwartung der Senioren mit 60 Jahren
 1901/10 - 1932/34 Deutsches Reich; 1949/51 - 1996/98 Früheres Bundesgebiet
 ab 2025 Schätzwerte der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberrechnung



Statistisches Bundesamt 2000 - 15 - 0344

technisches noch ein Zeitproblem. Es sind damit ja auch keine Prophezeiungen beabsichtigt, sondern Tendenzaussagen unter der Voraussetzung vernünftig erscheinender Annahmen über die Bestimmungsgründe der weiteren demographischen Entwicklung. Es kann damit geradezu die Absicht verbunden sein, durch Politik zu verhindern, dass die Ergebnisse überhaupt eintreffen. Das gilt insbesondere für die Ergebnisse für Ostdeutschland, mit denen wir uns im Folgenden kritisch auseinandersetzen wollen.

Voraussichtliche weitere Entwicklung der Gesamtbevölkerung

Bei den genannten Annahmen wäre für Ostdeutschland folgende weitere Bevölkerungsentwicklung zu erwarten:

Jahr	Millionen
2000	15,3
2010	14,8
2020	14,5
2030	13,8
2040	13,1
2050	12,3

Das würde bis zum Jahr 2050 eine weitere Bevölkerungsabnahme um 3 Millionen oder rund 20 % bedeuten. Für ganz Deutschland wären es bei jährlich 200 000 Zuwanderern 15 %. Bei einem halb so großen Auswanderungsüberschuss (für Ostdeutschland jährlich statt 40 000 nur 20 000) kommt man auf nur noch 11,2 Millionen. Der angenommene Zuwanderungsüberschuss würde also weder für West- noch für Ostdeutschland ausreichen, um das Geburtendefizit auszugleichen. In Ostdeutschland wäre bis 2030 ein Zuwanderungsüberschuss der Ausländer um rund 1,2 Millionen zu verzeichnen, zugleich aber ein Geburtendefizit von 2,5 Millionen. Bis zum Jahr 2050 würde der Zuwanderungsüberschuss zwar 2 Millionen betragen, der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten aber fast 5 Millionen. Ähnliches gilt für Westdeutschland. Um eine Bevölkerungsabnahme bei dem niedrigen Geburtenniveau in Ost und West ganz zu vermeiden, müsste der Umfang der Zuwanderung ungefähr verdoppelt werden, in Ostdeutschland also auf etwa 80 000 im Jahr und in Westdeutschland auf über 300 000 oder im ganzen etwa 400 000. Das ist nicht vorstellbar und würde die Aufnahmefähigkeit überstrapazieren. Schon bei den angenommenen 40 000 für Ost und 160 000 im Jahr für Westdeutschland würde in ganz Deutschland fast ein Viertel der Bevölkerung aus Ausländern bzw. Abkömmlingen von Ausländern bestehen.

Um eine Bevölkerungsabnahme zu vermeiden, müsste die Zuwanderung verdoppelt werden.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen? Ohne Zunahme der Geburtenhäufigkeit wäre in Ost und West der gegenwärtige Bevölkerungsstand nur dann zu halten, wenn man eine Zuwanderung akzeptieren würde, deren Umfang und Folgen unsere Vorstellungskraft übersteigen. Es wäre zudem zu fragen, woher die gewünschten Zuwanderer mit qualifizierter Schul- und Berufsausbildung eigentlich kommen sollen. Ob sich unsere politischen Entscheidungsträger dieses Sachverhaltes bewusst sind? Ich habe große Zweifel.

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung
in Deutschland bis 2050

Westdeutschland

Jahr	Einwohnerzahl (Mio.)	Prozent
2000	67,1	100
2030	64,2	96
2050	58,1	87

Deutschland (Gesamt)

Jahr	Einwohnerzahl (Mio.)	Prozent
2000	82,2	100
2030	78,0	95
2050	70,4	86

Jährliches Wanderungssaldo

Ost: 40000
West: 160000
Gesamt: 200000

Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, den ich als den wichtigsten meiner Ausführungen zum Thema: „Sterben die Ostdeutschen aus?“ ansehe und den viele übersehen. Ich vermute, dass diese Überschrift hauptsächlich aus der Sorge über die Abwanderung der Ostdeutschen nach Westen entstanden ist. Ich hoffe aber gezeigt zu haben, dass wir langfristig weit mehr die Folgen des Geburtenrückgangs fürchten müssen; zumal sie irreparabel sind. Selbst wenn es gelänge, die Menschen bei uns wieder, wie früher, zu mehr Kindern zu ermutigen, wäre es so gut wie ausgeschlossen, damit die hinter uns liegenden Geburtendefizite auszugleichen. Wir müssten dann nämlich bereit sein, nicht nur wenigstens ein Kind zu haben, sondern in großem Umfang auch drei oder mehr.

Die zu erwartenden Altersstrukturen

Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, dass ein weiterer Bevölkerungsrückgang im Osten unvermeidlich ist. Er wird aber nicht auf weiterer Abwanderung nach dem Westen, sondern auf dem in Ost wie West niedrigen Fertilitätsniveau beruhen, von dem niemand erwartet, dass es auf ein Niveau angehoben werden kann, bei dem Geburten und Sterbefälle sich wenigstens ausgleichen. Geht man davon aus, beginnt der weitere Bevölkerungsrückgang, auch wie schon bisher, am Fuß der sog. Alterspyramide. Welchen Umfang das mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen dürfte, geht aus Tabelle 7 hervor.

Hält man sich an die Zahlen für Minderjährige, so wäre für diese große Altersgruppe bis zum Jahr 2030 eine Abnahme um mehr als ein Viertel und bis zum Jahr 2050 um ein Drittel zu erwarten. Nur noch 16 % der ostdeutschen Bevölkerung wären dann unter 28 Jahre alt, verglichen mit 20 % heute. Schon heute gibt es mehr über 60-jährige als Kinder und Jugendliche. Im Jahr 2030 dürften es doppelt so viele sein. Im Westen sieht das nicht viel anders. Historisch gesehen hat es das wohl noch niemals gegeben.

Wir werden uns etwas später noch damit befassen, welche Entwicklung hinsichtlich der Kinder im Kindergartenalter,

Heute gibt es mehr über 60-jährige als Kinder und Jugendliche. Im Jahre 2030 dürften es doppelt so viele sein.

Tabelle 7

Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland nach dem Alter (2000–2050)

In Millionen

Jahr	Alter in Jahren					
	Bis 19		20 bis 59		Über 60	
	Anzahl	2000=100 %	Anzahl	2000=100 %	Anzahl	2000=100 %
2000	3,0	100	8,5	100	3,7	100
%	20	–	56	–	24	–
2015	2,5	23	8,1	95	4,2	114
%	17	–	55	–	28	–
2030	2,2	73	6,7	79	4,9	132
%	16	–	49	–	35	–
2050	2,0	67	5,5	65	4,9	132
%	16	–	45	–	40	–

im Grundschulalter, für die Besucher der Oberstufe der Gymnasien und für die Hochschüler zu erwarten ist.

Von größter Bedeutung ist selbstverständlich die Altersgruppe der Personen im Erwerbsalter, die wir hier grob als 20- bis 59-jährige abgrenzen wollen.

In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird sich an der Zahl der Personen in diesem Alter wenig ändern, denn es befinden sich darunter die starken Jahrgänge aus der Zeit um 1980 und noch nicht die schwachen ab 1990. Ich wundere mich darüber, dass das bei der Debatte um ein Zuwanderungsgesetz kaum eine Rolle gespielt hat, denn auch im Westen ist erst nach 2010 mit einer bedeutenderen Abnahme des Erwerbspotenzials zu rechnen. Ähnlich wie im Westen wird das allerdings danach der Fall sein: Im Osten ist bis 2030 eine Abnahme um etwa ein Fünftel und bis 2050 um ein Drittel zu erwarten, und zwar trotz der Annahme einer bedeutenden Zuwanderung von Ausländern. Auch im Osten

*Eine bedeutende
Verringerung der
Arbeitslosigkeit
ist zu erwarten –
später sogar
Arbeitskräftemangel*

dürfte daher das Arbeitskräftepotenzial knapp werden. Das gilt vor allem für den Nachwuchs, bei dem es sich sehr bald um die Angehörigen der schwachen Geburtsjahrgänge ab 1990 handeln wird. Zwischen 19 und 24 Jahre alt sind 1,2 Millionen, im Jahr 2015 aber nur 600 000. Ich glaube, man muss nicht unbelehrbarer Optimist sein, um aus der Entwicklung des Erwerbspotenzials eine bedeutende Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Arbeitskräfte könnten sogar recht knapp werden. Die ostdeutschen Politiker und Familien sollten sich nicht durch die noch hohe Jugendarbeitslosigkeit und den Mangel an Lehrstellen entmutigen lassen. Das Blatt wird sich rasch und stärker wenden als im Westen, wo nach 1990 keine vergleichbaren Geburtenabnahme stattfand.

Bevor wir uns jetzt der Entwicklung der älteren Bevölkerung zuwenden, noch einmal ein Rückblick auf den Nachwuchs für Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen sowie für Lehrerstellen.

Mit der zu erwartenden Zunahme der Geburtenhäufigkeit auf westliches Niveau ist mit einer Zunahme der Nachfrage nach Kindergartenplätzen zu rechnen, die erst dann wieder rückläufig sein wird, wenn die schwachen Frauenjahrgänge ab 1990 25 bis 30 Jahre später Mütter werden. Die Kinder im Grundschulalter von 6–10 Jahren gehören heute schon alle den schwachen Geburtsjahrgängen nach der „Wende“ an. Das dürfte sich aber allmählich ändern, wenn die Auffassung zutreffen wird, dass etwa um 2010 westdeutsches Geburtenniveau erreicht sein wird. Eine erneute Abnahme der Stärke der Grundschulklassen ist dann ab 2025 zu erwarten.

Das Abitur werden in wenigen Jahren immer weniger Schüler erreichen. Heute sind es noch die Angehörigen der starken Geburtsjahrgänge um 1980. Schließlich ist noch nach längerer Zeit mit steigenden Studentenzahlen zu rechnen, ehe sich nach 2010 der Geburtenrückgang ab 1990 auswirken wird. Das sind nur einige wenige und auch etwas oberflächliche Angaben. Sie sollen zeigen, dass in Ostdeutschland außerordentlich schwierige Anpassungsprozesse zu bewälti-

gen sind, die besonders hinsichtlich des Lehrerberarfs schon heute, aber auch später Probleme entstehen lassen werden.

Probleme ganz anderer Art wird die starke Zunahme der Zahl der älteren Menschen aufwerfen, die sich mit Sicherheit schon 2030 um etwa 30 % erhöhen wird, Verdoppelungen sind bei den über 80-jährigen als Folge zunehmender Lebenserwartung der Ältesten vorauszusehen. Daneben spielt eine Rolle, dass dazu in einigen Jahren keine Geburtsjahrgänge gehören werden, die der Zweite Weltkrieg gelichtet hat. Ab etwa 2035 wirkt sich hier auch der sog. „Geburtenboom“ um 1960 aus. Die damit zusammenhängenden Probleme, im Bereich aller Zweige der Sozialversicherung und der Pflegedienste, können hier nicht behandelt werden. Es muss der Hinweis genügen, dass sie von Beitrags- und Steuerzahlern, aber auch von Familienangehörigen der Kinder- und Enkelgenerationen bewältigt werden müssen, die weit weniger zahlreich sind als heute. Hierzu ein zwar primitives, aber doch lehrreiches Beispiel für Ostdeutschland:

Heute kommen auf 100 Personen im Erwerbsalter etwa 45 über 60-jährige, im Jahr 2030 werden es dagegen schon fast 75 und im Jahr 2050 sogar rund 90 sein. Es ist also eine Verdoppelung zu erwarten. Niemand kann heute sagen, wie allein die damit zusammenhängenden Fragen der Altersrenten und Pensionen, sowie der Gesundheits- und Pflegekosten bewältigt werden können. Man bedenke, dass schon heute die Sozialversicherungsbeiträge 40 % der Lohneinkommen, einschl. der Arbeitgeberanteile ausmachen.

Vergleicht man die für den Osten zu erwartende zukünftige Altersstruktur mit der Struktur im Westen, dann schneidet der Osten etwas schlechter ab. Es wird also auch weiterhin im Bereich der sozialen Sicherungssysteme einen „Lastenausgleich“ geben müssen. Sie sollten deshalb nicht erschrecken. Auch im Westen gibt es Regionen, die hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben sind und von den reicheren Regionen alimentiert werden müssen. Dieses Prinzip muß m.E. auch für den West-Ostausgleich gelten oder unsere sozialen Sicherungssysteme haben das Adjektiv „sozial“ nicht verdient.

2030 ist eine Verdoppelung der Anzahl der über 80-jährigen zu erwarten

Kurzes Resumé:

Maßgeblich für die Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur auch in Ostdeutschland wird sein, welche Einstellung wir zu einer Familienpolitik haben, welche die Menschen zu Kindern ermutigt. „Priorität für die Familie“ sollte daher die Parole lauten. Ob sie erfolgreich sein kann, wird allerdings nicht allein von finanzieller Besserstellung abhängen, sondern auch davon, ob wir in Kindern mehr als bisher den Sinn eines gelungenen Lebens sehen. Was wäre zu tun?

Priorität für die Familie!

– Es müssen die Konsequenzen aus der Gewissheit gezogen werden, dass Kindererziehung als Humanvermögensbildung mindestens die gleiche Bedeutung wie Erwerbstätigkeit hat. Durch die Bereitschaft, sich an den Kosten der Nachwuchssicherung angemessen zu beteiligen, müssen dazu auch diejenigen ihren Beitrag leisten, welche kinderlos geblieben sind, aber von den Erziehungsleistungen von Eltern profitieren. Auf diese Weise könnte erreicht werden, dass mehr Frauen und Männer als heute gerne Eltern werden.

Finanzielle Beteiligung der Kinderlosen an den Erziehungsleistungen!

– Sollen die Beitragssätze und Steuerverpflichtungen der Verdienner nicht unerträglich steigen und (oder) die Versorgungsleistungen für die Älteren nicht unvertretbar sinken, ergibt sich im Hinblick auf das nach 2010 mit Gewissheit sinkende Erwerbspotenzial die Notwendigkeit, die Lebensarbeitszeit auszudehnen. Durch Ausbau der außerschulischen Kinderbetreuung müsste außerdem erreicht werden, für mehr Frauen Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, die über wenige Wochenstunden, wie heute, hinausgehen.

Ausdehnung der Lebensarbeitszeit!

Ausbau außerschulischer Kinderbetreuung!

Eingrenzung von Vorruhestandsregelungen!

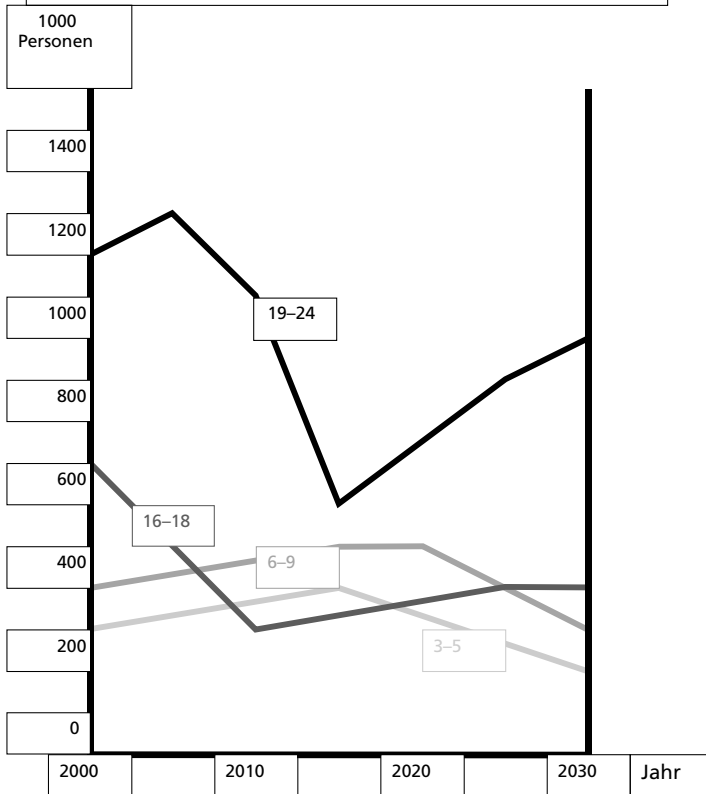
– Wichtigstes Nahziel müsste Vollbeschäftigung sein mit Rücknahme der meisten Vorruhestandsregelungen. Zuwanderung macht nur Sinn, wenn sie nicht zu neuer und damit noch größerer Arbeitslosigkeit führt. Ein höherer Beschäftigungsstand wird allerdings nur zu erreichen sein, wenn mehr Leistung geboten wird und bei Jung und Alt mehr Bescheidenheit Platz greift.

Mehr Bescheidenheit!

Im Ganzen wird es bei der bevorstehenden Bewährungsprobe sehr auf mehr Solidarität ankommen; Solidarität zwischen Jung und Alt, Solidarität mit den Familien, Solidarität zwischen Einheimischen und Zuwanderern.

Mehr Solidarität!

Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen 2000–2030 (Abbildung 8)



3–5 Jahre: Kindergarten
 6–9 Jahre: Grundschule
 16–18 Jahre: Auszubildende
 19–24 Jahre: Studierende

Das Problem

Seit 1997 ist die Wanderungsbilanz (Zuwanderer minus Abwanderer) für das „Beitrittsgebiet“ insgesamt wieder negativ, und zwar mit wachsender Tendenz.

Der Fall Thüringen

Wolf Wagner

Tabelle 1

Wanderungsbilanz für die neuen Bundesländer und Ost-Berlin

	1996	1997	1998	1999	2000
Zuzüge minus Wegzüge	574	-1750	-4914	-4093	-6500

Quelle: Bundesamt für Statistik

Parallel dazu nimmt der Pendlerüberschuss in die alten Bundesländer zu. Freitag Abend strömen die Massen nach Osten, Sonntag Abend bis Montagmittag nach Westen. Bis 1996 gab es einen Pendlerüberschuss aus dem Westen. Seither hat sich der Trend umgekehrt mit einer Zunahme von 47 000 allein im Jahr 2000 (Freitag vom 16.03.2001).

Wanderungsbilanz hat sich wieder umgekehrt und verstärkt.

Das Problem wird erst richtig zum Problem, wenn man genauer analysiert, wer sich zum Wegzug entschließt und welche Gründe dabei den Ausschlag geben.

Wenn es einfach nur diejenigen Personen wären, die in Thüringen keinen Arbeitsplatz finden, wäre das eine Marktanpassung ganz im Sinne der Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsämter zahlen dafür Mobilitätsprämien. Denn es ist für alle Beteiligten nur sinnvoll, wenn die Menschen dorthin gehen, wo es Arbeit für sie gibt. Das war immer schon so, auch vor der Marktwirtschaft. Man kann es beklagen, aber nicht ändern.

Bayern und Baden-Württemberg waren bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts Abwanderungsländer. Bayern war traditionell ein geburtenreiches, armes Land. Baden-Württemberg erlebte in den fünfziger Jahren die erst Globa-

lisierungswelle in der Textil- und Uhrenindustrie. Die Produktion wurde in Billiglander verlegt. Schwäbische Alb und Schwarzwald entvolkerten sich. Erst mit der Krise der Schwerindustrie im Ruhrgebiet und der Verlagerung des Wachstums in den Dienstleistungs- und Kommunikationssektor erlebten Bayern und Baden-Württemberg ihren Wandel zu Zuwanderungslandern mit niedriger Arbeitslosigkeit und extremen Verdichtungsgebieten um München und Stuttgart.

Im „Beitrittsgebiet“ gibt es jedoch einen Trend, der nicht allein durch die Ökonomie erklärt werden kann:

Nur knapp die Hälfte der Arbeitslosen würden wegen einer Arbeitsstelle fortziehen

In Thüringen ergab eine repräsentative Befragung, die jahrllich unter der programmatischen Bezeichnung „Thüringenmonitor“ von der Staatskanzlei finanziert und durch Sozialwissenschaftler der Uni Jena durchgeführt wird, für das Jahr 2001 folgendes berraschendes Ergebnis:

Den Befragten wurde folgende Aussage zur Stellungnahme angeboten: „Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen“. Die Arbeitslosen stimmen der Aussage mit 49 % nicht einmal mit Mehrheit zu. Sie sind nicht weit weg von den Berufstätigen (42 %) und Hausfrauen (47 %), von denen man ökonomisch eine viel höhere Beharrungstendenz erwarten würde. Mit Abstand die größte Gruppe der Abwanderungswilligen ist mit 79 % die der in Ausbildung Befindlichen.

Tabelle 2:

Zusammensetzung der Abwanderungswilligen nach Stellung zur Berufstätigkeit (Thüringenmonitor 2001)

„Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen“	
Stellung zur Berufstätigkeit	Stimme zu und stimme voll zu in % der Gruppe
berufstätig	42
arbeitslos	49
in Ausbildung	79
Hausfrau	47

Untersucht man die Abwanderungswilligen nach der Alterszusammensetzung, dann wird deutlich, dass es die Jungen sind, die zur Abwanderung bereit sind.

Tabelle 3:
Zusammensetzung der Abwanderungswilligen nach Alter
(Thüringenmonitor 2001)

„Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen“	
Alter	Stimme zu und stimme voll zu in % der Altersgruppe
18–24	76
25–34	52
35–44	44
45–59	31

Junge Frauen und gut Ausgebildete sind am ehesten bereit, aus Thüringen wegzuziehen

Schlüsselt man die Befragungsergebnisse nach dem erzielten höchsten Ausbildungsabschluss der Befragten auf, zeigt sich, dass mit steigender Qualifikation bis zum Abitur die Bereitschaft zur Abwanderung wächst. Erst die Gruppe mit Hochschulabschluss scheint wieder stärker in Thüringen verankert zu sein.

Tabelle 4:
Zusammensetzung der Abwanderungswilligen nach höchstem Ausbildungsabschluss (Thüringenmonitor 2001)

„Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen“	
Höchster Ausbildungsabschluss	Stimme zu und stimme voll zu in % der Gruppe
unter 10. Kl	37
10 Kl./POS	47
Abitur/EOS	60
FH/Uni	38

Doch zeigt eine Befragung an den Thüringer Hochschulen und damit unter den jungen Akademikern, dass auch unter dieser Gruppe das Bild lange nicht so rosig ist, wie das die obige Tabelle nahe legt. Um 50 % der Absolventinnen und Absolventen der Thüringer Hochschulen wandern in die alten Bundesländer ab. Dies ist besonders ausgeprägt bei den Absolventinnen.

An der Fachhochschule Erfurt ergab eine Umfrage unter allen Absolventinnen und Absolventen seit 1995:

- über 50 % gingen in die alten Bundesländer
- über 50 % stammen aus Thüringen
- unter 25 % bleiben in Thüringen

Befragt, was sie als wichtigste Voraussetzung erfahren haben, um eine Festanstellung zu erlangen, wurde an erster Stelle die Bereitschaft zum Ortswechsel genannt, dann die Kontakte, die während des Praktikums geknüpft worden waren. Qualifikation, die durch die Hochschule vermittelt worden sind, wie die Abschlussnote oder das Thema der Diplomarbeit wurden erst unter „ferner liefen ...“ erwähnt.

Bereitschaft zum Ortswechsel ist die wichtigste Voraussetzung für eine Festanstellung

(Siehe [http://](http://www.fh-erfurt.de/Alumni/Absolventenbefragung)

www.fh-erfurt.de/Alumni/Absolventenbefragung).

Im Thüringen-Monitor wurde auch die Frage gestellt, ob die Befragten Thüringen für sich als ein Land mit Zukunft sehen. Das Ergebnis zeigt, dass gerade unter den jungen Menschen die Skepsis sehr ausgeprägt ist.

Tabelle 5:

Persönliche Berufsaussichten in Thüringen nach Altersgruppen

„Wie sehen Sie Ihre persönlichen Berufsaussichten in Thüringen?“	
Alter	Gut und sehr gut in % der Altersgruppe
18–24	24
25–34	30
35–44	36
45–49	36
60+	53

Das stimmt ziemlich genau mit den Ergebnissen einer Längsschnittuntersuchung in Sachsen überein. 1987 hat dort eine Gruppe um Peter Förster am Leipziger Jugendinstitut erstmals eine repräsentative Auswahl von sächsischen Schülern befragt und seither immer wieder die gleiche Gruppe befragt. Auf diese Weise ist ein weltweit einmaliger Datensatz über die Reaktion auf die Transformation vom Sozialismus in die Marktwirtschaft zustande gekommen.

Dabei wurde durchgängig die Frage nach den Zukunftsaussichten für den eigenen Teil Deutschlands gestellt. Das Ergebnis ist ein geradezu asymptotischer Rückgang gegen Null, der sich auf die in Thüringen ermittelten Werte für die zwanzig bis dreißig Jährigen zubewegt.

Sinkende Zuversicht bei den Jungen

Tabelle 6:
Zukunftsaussichten in der Sicht junger Sachsen

Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für die Entwicklung der DDR/ab 1991 in Ostdeutschland? (Förster 1999f)										
	1987	1988	1989	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1998
Zuversichtlich und sehr zuversichtlich	90	75	60	52	49	46	61	56	40	29

Zusammenfassend kann man feststellen: Das Problem liegt nicht in der Abwanderung an sich, sondern in ihrer Zusammensetzung. Besonders die qualifizierten jungen Menschen gehen in den Westen. Und unter ihnen sind die Frauen besonders stark repräsentiert. Pointiert formuliert: Das Problem ist, dass die Zukunft Thüringens abwandert.

Gründe

Im Vordergrund stehen ökonomische Gründe. Bei der Befragung von Absolventinnen und Absolventen Thüringer Hochschulen wurden folgende vorgegebene Möglichkeiten am häu-

figsten als Grund für die Abwanderung in die alten Bundesländer angekreuzt:

1. Arbeitsmarktsituation
2. Verdienst
3. Private Gründe
4. Bessere Arbeitsbedingungen

Bei einer persönlichen Befragung von ehemaligen Studierenden der Fachhochschule Erfurt, die inzwischen Arbeitsplätze im Raum München gefunden haben, kam eine differenziertere Begründung zustande. Die jungen Frauen fühlten sich weiterhin mit Thüringen eng verbunden. Sie waren auch nicht wegen des höheren Verdienstes nach München gegangen. Ihnen war klar, dass die höheren Mieten und sonstigen Lebenshaltungskosten die Differenz mehr als ausgleichen. In Erfurt gäbe es aber für den Bereich Sozialarbeit, in dem sie arbeiten, pro Woche vielleicht drei Anzeigen, in München dagegen vierzig und mehr. In München sehen sie für sich vielfältige Zukunftsaussichten. Die geben ihnen einen viel höheren Grad an Selbstbestimmung. Nicht sie müssen sich den Stellen anpassen, sondern sie können sich eine Stelle suchen, die zu ihnen passt.

*Vielfältigere
Zukunftsaussichten
im Westen*

Hier muss man als einen der wesentlichen Gründe die Entwicklungskonzeption der letzten zehn Jahre für die neuen Bundesländer anführen. Es war eine Konzeption, die in den Jahren der alten Bundesrepublik für das Zonenrandgebiet schon über Jahrzehnte gegolten hatte, und dort eindeutig gescheitert ist: steuerbegünstigte Ansiedlung, kostenfreie Grundstücke in Industrieparks der Gemeinden, niedrige Lebenshaltungskosten, niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, hohe Flexibilität der Belegschaften bei der Anpassung an schwankende Auftrags- und Ertragslagen. Im Zonenrandgebiet, einem fünfzig Kilometer breiten Streifen entlang der Grenze zur DDR und CSSR, und in den angrenzenden Regionen gelangen mit dieser Politik in all den Jahren, während der sie bestand, nur wenige und dabei qualitativ schlechte Industrieansiedlungen. (So schon Albrecht Funk in: Abschied von der Provinz? Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatliche Politik, Offenbach/Stuttgart, 1977)

Die Investitionen gingen und gehen – entgegen der Propaganda der Unternehmerverbände – nicht dort hin, wo es billig ist. Sie gehen dort hin, wo die Musik spielt. Entscheidend sind die Absatzerwartungen der Produkte, die Nähe zu den hauptsächlichen Märkten, zu den hauptsächlichen Zulieferern, die Qualifikation und Zufriedenheit des Kernpersonals, das für die Qualität des Produktes steht, und die Infrastrukturbedingungen für das Management und ihre Familien (gute Schulen, gute kulturelle Möglichkeiten, gute Freizeitmöglichkeiten, gute Wohnmöglichkeiten mit einer anspruchsvollen Nachbarschaft). Kleinere, unwichtigere Produktionszweige werden als besonders kostengünstige Zuliefererbetriebe in die Fördergebiete verlagert, aber der Kern der Produktion bleibt in den Ballungsgebieten. Die Förderpolitik nach dem Vorbild des Zonenrandgebietes hat demnach zum Verfall der Zukunftsaussichten für junge, qualifizierte, insbesondere weibliche Fachkräfte in Thüringen wesentlich beigetragen. Sie wollen nicht Teil einer Billigstrategie sein. Auch sie wollen dort sein, wo die Musik spielt.

Wo spielt die Musik?

Zu diesen mehr wirtschaftlichen Gründen kommt noch ein mehr psychologischer Komplex hinzu, der meist verschwiegen wird. Er kommt in schockierender Deutlichkeit in dem Ergebnis der Jugendbefragung des Thüringen-Monitors 2001 zum Vorschein. Einer repräsentativen Auswahl von 600 Thüringerinnen und Thüringern zwischen 16 und 29 Jahren wurde unter anderen folgendes Statement vorgelegt: „Ostdeutsche werden von ihren Landsleuten in den alten Bundesländern als Menschen zweiter Klasse behandelt.“ Sechzig Prozent der sechzehn- bis neunundzwanzigjährigen stimmten dieser Aussage zu. (Thüringen-Monitor 2001, S. 39). Und das im Jahr 2001 – elf Jahre nach der Vereinigung. Diese schockierende Aussage stimmt mit dem Ergebnis der vom Emnid-Insitut seit Jahren regelmäßig angebotenen Aussage überein: „Werden wir Ostdeutschen auf längere Zeit trotz Vereinigung ‚Bürger 2. Klasse‘ bleiben?“ Außer beim Oder-Hochwasser 1995 stimmten dieser Aussage regelmäßig mehr als zwei Drittel aller Befragten mit einer DDR-Biographie zu. Man kann sich dieser Zweitklassigkeit leicht entzie-

Ostdeutsche fühlen sich als Bürger 2. Klasse

hen, indem man in die alten Bundesländer übersiedelt. Das dürfte ein schwer zu ermittelndes, aber sicherlich relevantes zusätzliches Motiv gerade der besonders qualifizierten Fachkräfte für den Umzug in die alten Bundesländer sein.

Was kann man tun?

*Förderpolitik muss
geändert werden*

Die wichtigste Umstellung liegt in der Förderpolitik und ist zum großen Teil bereits erfolgt. Man muss weg von der Billigstrategie und stattdessen dafür sorgen, dass in einigen Regionen „die Musik spielt“, d.h. man muss Innovationszentren bilden, in denen wenigstens für eine Branche oder einen Teilbereich der Wirtschaft die Bedingungen herrschen, die sonst die Investoren in die Ballungsgebiete lockten.

*Vielfältige Infra-
strukturangebote
sind wichtiger als
ökonomische
Faktoren*

Da hat sich der Standort Thüringen im Mittelpunkt der neuen Bundesrepublik für einige Investoren für die Logistik von Zulieferung und Absatz bereits in der Vergangenheit als wichtiges Argument herausgestellt. Die Qualifikation des Kernpersonals, das für die Qualität des Produktes steht, dürfte in Thüringen in hohem Maß gegeben sein. Die Städte und das Land müssen in den Innovationszentren mit den dort angesiedelten Hochschulen und Kulturinstitutionen für hervorragende Infrastrukturbedingungen für das Management und ihre Familien sorgen: gute, weltoffene Schulen und Hochschulen, kulturelle Möglichkeiten, die in einzelnen Sparten mit denen der Ballungsgebiete mithalten können. Eine Sparpolitik in diesen Bereichen untergräbt die Zukunft Thüringens viel schwerwiegender als jede Steuerförderung je wieder gut machen kann. Gute und anspruchsvolle Freizeit- und Wohnmöglichkeiten müssen geschaffen werden, wo es sie noch nicht gibt. Spitzenkräfte müssen ein attraktives Umfeld innerhalb und außerhalb ihrer Arbeit für sich und ihre Familien vorfinden, wenn man ihnen schon keine Spitzengehälter bieten kann. Von solchen Innovationszentren gehen dann Impulse in die gesamte Region aus. Das zeigen die Beispiele München und Stuttgart in den alten Bundesländern.

Darüber hinaus können die Schulen und Hochschulen das kulturelle und soziale Milieu dadurch verbessern, dass sie

sich dafür einsetzen, die Studierquote (Anteil derjenigen, die eine Hochschule besuchen oder besucht haben an einem Jahrgang) in Thüringen zu erhöhen. Zusätzlich können sie jungen, besonders innovativen Studierenden den Übergang in eine Selbständigkeit erleichtern und sie so zu Kristallisationskernen von Innovationszentren machen. Mit einer praxisnahen aber wissenschaftlich und theoretisch aktuellen Ausbildung, die an den gegenwärtig akuten Problemlösungen arbeitet, können solche Innovationszentren personell unterlegt werden.

Notwendig ist eine praxisnahe aber wissenschaftlich und theoretisch aktuelle Ausbildung

Der Thüringen-Monitor zeigt hier einen ermutigenden Weg auf. Auf die Frage, welcher der angebotenen Gründe für die Wahl eines Berufes für sie entscheidend sei, trat für die Befragten mit wachsender Qualifikation das hohe Einkommen und die sichere Berufstellung in den Hintergrund und die „Interessante Aufgabe“ rückte in den Vordergrund. Ausbildungsinstitutionen und Unternehmen können also auch bei knappen Ressourcen motivierte und qualifizierte Fachkräfte gewinnen und an sich binden, wenn sie ihnen interessante Aufgaben, Selbstbestimmung und eine interessante und vielfältige Zukunft mit Weiterbildungsmöglichkeiten und Kontakten zu den neuesten Entwicklungen in der Welt bieten.

Tabelle 7:
Gründe für Berufswahl nach höchstem Ausbildungsabschluss
(Thüringen-Monitor 2001, S. 46)

„Welche ???“				
	10. Klasse	10.Kl./POS	Abitur/EOS	FH/Uni
Interessante Aufgabe	39	39	57	68
Sichere Berufsstellung	46	47	33	24
hohes Einkommen	15	14	10	8

Dazu sollten Betriebe, Schulen und Hochschulen in Thüringen eng zusammenarbeiten und bei Schülern und Studierenden schon früh durch Job-Möglichkeiten, Praktika und Diplomarbeiten die Begeisterung für die Sache wecken und sie an den Betrieb emotional binden. Für sie kann und muss die Politik in Stadt und Land die Entfaltung einer vielfältigen, spannungs- und reizvollen Jugendkultur zulassen und punktuell fördern. Sie ist ein wesentliches Element für die Lebensqualität von jungen Menschen. Ihr Fehlen kann durch noch so gute Arbeitsbedingungen und Löhne nicht ausgeglichen werden.

***Die Suche nach
Führungskräften
muss rechtzeitig
beginnen.***

Ab 2006 werden die Betriebe und Institutionen in Thüringen einen hohen und wachsenden Ersatzbedarf in der Führungsebene haben. Weil nach der Wende soziale Erwägungen dafür gesorgt haben, dass die Generation derjenigen, die in vorgezogenen Ruhestand geschickt werden konnten, ausgesondert wurde und junge Leute lange Zeit überhaupt nicht eingestellt wurden, sind die Führungsetagen mit einer schmalen Altersgruppe besetzt, die ab der Mitte des Jahrzehnts kollektiv dem Alterruhestand entgegen geht. Spätestens dann muss eine Personalstrategie greifen, die schon jetzt eingeleitet werden muss, um qualifizierte junge Menschen frühzeitig in die Betriebe einzubinden und ihnen hier eine herausfordernde Zukunftsperspektive zu eröffnen. Wenn man bis 2006 wartet, wird man die Lücken mit Zuwanderern aus den alten Bundesländern stopfen müssen.

Dennoch, Zuwanderung muss sein. Denn die neuen Bundesländer sind in ihrer Zukunft nicht nur durch Abwanderung gefährdet. Es kommt die geringe Reproduktionsrate hinzu. In der repräsentativen Umfrage, die für sozialwissenschaftliche Zwecke von ZUMA regelmäßig durchgeführt wird (ALL-BUS), wurde in der Umfrage 2000 die Meinung getestet: „So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen“. In den neuen Bundesländern stimmten dieser Aussage 50,9 % der Befragten zu, in den alten Bundesländern nur 29 %. Im Thüringen-Monitor 2001 wurde nach den Gründen für die Entscheidung gegen Kinder gefragt. Das Ergebnis:

Tabelle 8:

Gründe für Kinderlosigkeit (Thüringen-Monitor 2001, S. 44)

- 71 % zu wenig öffentliche Einrichtungen
- 67 % mit Kindern berufliche Nachteile
- 47 % Kindererziehung gesellschaftlich nicht anerkannt
- 42 % Kinder kosten zu viel Geld
- 33 % Kinder kosten zu viel Zeit

Beide Daten müssen für die Politik ein Warnsignal sein. Die Annahme, die Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern werde sich beinahe automatisch wieder dem westdeutschen Niveau angleichen, ist vermutlich irrig. Es gibt politische Gründe für den anhaltenden Geburtenrückgang. Man kontrastiert das in der DDR Erfahrene, was damals zu einer erheblichen Geburtensteigerung (dem so genannten Honnecker-Buckel nach dem Pillenknick) geführt hat, und empfindet dadurch die gegenwärtige Familienpolitik als kinderfeindlich. Das Vereinigungsloch wird anhalten, wenn die Politik in den neuen Bundesländern nicht auf die klaren Ergebnisse des Thüringen-Monitors reagiert.

Die gegenwärtige Familienpolitik wird als kinderfeindlich empfunden.

Aber auch mit einer höheren Geburtenrate kann Thüringen nicht ohne Zuwanderung auskommen. Auch hier zeigen die Ergebnisse des Thüringen-Monitors erschreckenden und dringenden Handlungsbedarf aller gesellschaftlichen Kräfte in Erziehung und Politik. Im Thüringen-Monitor 2001 wurde den Befragten folgendes Statement zur Stellungnahme vorgelegt: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

Jede Stellungnahme, die diese Aussage nicht völlig ablehnt, ist ausländerfeindlich. Abstufungen in der Zustimmung stellen nur unterschiedliche Intensitätsgrade der Ausländerfeindlichkeit dar, sind aber alle zusammen klare Ausländerfeindlichkeit. Es ist also zum Messen des Ausmaßes der Ausländerfeindlichkeit in Thüringen durchaus angemessen, alle Aussagen, die nicht völlig ablehnen, zusammen zu zählen. Dann ergibt sich folgende erschreckende Tabelle:

Obwohl Zuwanderung notwendig ist, gibt es eine hohe Ausländerfeindlichkeit

Tabelle 9:
 Ausländerfeindlichkeit 2002 in Thüringen und ihre Verteilung
 (Thüringen-Monitor 2001)

„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	
Gruppen	lehne nicht völlig ab % der Gruppe
Frauen	83
Männer	73
18–24	90
unter 10. Klasse	84
in Ausbildung	94
arbeitslos	81
Hochschule	64

Zusammenfassung:

1. In Thüringen wird durch die Abwanderung der jungen, qualifizierten Fachkräfte und dann noch durch das Überwiegen der jungen, besonders qualifizierten Frauen die Zukunft Thüringens bedroht.
2. Die Gründe sind nicht nur ökonomisch. Es hängt auch mit dem Gefühl zusammen, als Person, die aus den neuen Bundesländern kommt, als Mensch zweiter Klasse angesehen und behandelt zu werden. Entscheidend ist aber das Bestreben dorthin zu gehen, wo sich die meisten Zukunftschancen bieten, wo „die Musik spielt“.
3. Wenn Thüringen hier eine Änderung erreichen will, muss die Politik, müssen die Unternehmen und die Hochschulen dafür sorgen, dass es wenigstens einige Bereiche und Gegenden gibt, in denen „die Musik spielt“. Diese werden auf den Rest des Landes ausstrahlen. Die Billigstrategie niedrigerer Löhne, Fördergelder und Ansiedlung zum Nulltarif verfängt nur beim untersten Segment der Investoren. Weiter muss Thüringen für junge Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderwunsch ausbauen, den jungen Menschen eine für sie attraktive kulturelle Infrastruktur bieten und dafür sorgen, dass statt provinzieller Fremdenfeindlichkeit ein weltoffenes und tolerantes Klima entsteht.

Einführung

Die Frage nach den Ursachen vermeintlich fehlender Unternehmensansiedlung in ostdeutschen „Problemzonen“ ist falsch gestellt.

Meine erste – einfache – Antwort hierzu lautet:

Die mit der Fragestellung suggerierte Aussage stimmt nicht.

Natürlich investieren Unternehmen auch in so genannten Problemzonen und auch in solchen in den neuen Bundesländern wie die Beispiele Jenoptik oder Fujitsu Siemens in Sömmerda und anderer Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche genauso zeigen wie Opel und Bosch in Eisenach, BMW in Leipzig oder das Motorenwerk für Daimler Chrysler in Köllda – um nur einige wenige zu nennen. Sofern man dennoch die Hypothese akzeptiert, dass die Unternehmen sich nicht oder nicht in ausreichendem Maße in ostdeutschen Problemzonen ansiedeln, dann gibt es eine zweite einfache Antwort auf die Frage der Ursachen:

Wer für eine solche These Antworten kennt, der hat den Schlüssel zur Veränderung in der Hand und muss sich die Frage stellen, warum nicht schon längst entsprechende Änderungen erfolgt sind.

Mit anderen Worten ließe sich als Politik- und Wirtschaftsberater ein gutes Auskommen erzielen. Ihr Gesprächspartner heute würde dann sicher als erfolgreicher Consultant tätig sein!

Beide einfachen Antworten auf die heute zu diskutierende Problematik zielen gleichwohl ein wenig kurz. Ein ernsthaftes Herangehen an die Fragestellung soll daher im Folgenden mit einer differenzierten Antwort auf die gestellte Hypothese durch eine kurze einleitende Darstellung versucht werden.

Warum siedeln Unternehmen trotz massiver öffentlicher Förderung nicht in „Problemzonen“ an?

Prof. Dr. Klaus Merforth

Dabei soll die in der Frage steckende Problematik in Erinnerung gerufen werden, wobei zunächst einige Gedanken über die so genannten Problemzonen vorausgeschickt werden sollen. Dabei soll besonders auf die unausweichliche Notwendigkeit von Strukturwandel und Anpassungsprozessen verwiesen werden. Anschließend werden die Erfordernisse von Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung und denkbare Motive privater Investitionen erörtert. Einige abschließende Thesen zur ökonomischen Situation in den „neuen Bundesländern“ und zu möglichen Investitionshemmnissen mögen zur Förderung der Diskussion der Interessierten beitragen.

„Problemzonen“ – die Diskussion um unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen

Die Bildung von Strukturen dient in allen Lebensbereichen dazu, Zusammenhänge besser zu verstehen, zu systematisieren oder eben wie das Wort im eigentlichen Sinne sagt: zu strukturieren. Auch im Wirtschaftsleben haben die gebildeten Strukturen große Bedeutung, um Stärken und Schwächen einzelner Bereiche zu erkennen und vor allem Ansatzpunkte für erhoffte Verbesserungen durch die Wirtschaftspolitik zu finden. Dabei sind wirtschaftliche Strukturen – wie auch andere Klassifikationen – einem stetigen Wandel unterworfen.

Diesen Strukturwandel in der Wirtschaft kennen die meisten von uns aus der Wirtschaftsgeschichte: In der arbeitsteiligen Ökonomie dominierte zunächst der primäre Sektor – oft mit Agrarwirtschaft gleichgesetzt. Der größte Teil der Wertschöpfung wurde in diesem Bereich geschaffen und auch die meisten Arbeitskräfte waren hier beschäftigt.

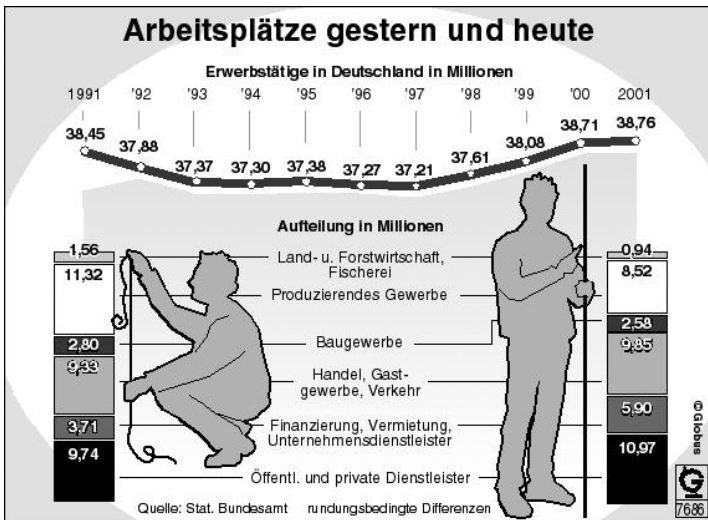
Im Zuge der von England ausgehenden industriellen Revolution nahm die Bedeutung des sekundären = industriellen Sektors zu, der bald den primären Sektor hinsichtlich der Wertschöpfung und auch der Beschäftigung dominierte.

Mit zunehmendem Wohlstand in nahezu allen Ländern einhergehend nimmt die Bedeutung des tertiären Sektors zu, der im allgemeinen Sprachgebrauch als „Dienstleistungssek-

tor“ bezeichnet wird. Gerade in den häufig als „Industriestaaten“ bezeichneten Gesellschaften ist die Bedeutung des industriellen Anteils an der Wertschöpfung und den in diesem Sektor Beschäftigten rückläufig, während die Dienstleistungen zunehmende Bedeutung erfahren.

In den letzten Jahren ist man dazu übergegangen, einen besonderen Teil der Dienstleistungen – die Informations- und Kommunikationsbranche – auszugliedern und als vierten Sektor separat auszuweisen. Dann lässt sich feststellen, dass inzwischen der Strukturwandel so weit fortgeschritten ist, dass die Hauptbedeutung beim 3. und 4. Sektor liegt.

Die Hauptbedeutung in der Ökonomie liegt heute in der Dienstleistungs-, Informations- und Kommunikationsbranche



Strukturen werden nach unterschiedlichen Kriterien gebildet, wobei die drei geläufigsten hier noch einmal genannt werden sollen:

Sektorale Strukturen unterscheiden dann, in welchen Wirtschaftsbereichen welcher Anteil der wirtschaftlichen Leistung erzielt wird. *Personelle* Strukturen zeigen uns, welche Personengruppen (gegliedert beispielsweise nach Alter, Geschlecht, oder Staatsangehörigkeit) welche wirtschaftlichen

Leistungen erbracht haben. *Regionale* Strukturen wiederum geben Auskunft darüber, wo die wirtschaftliche Leistung erbracht wurde.

Der Begriff der „Problemzonen“ soll offensichtlich auf ökonomischen Rückstand in Regionen abzielen und ist abgeleitet aus dem früher gebräuchlichen Begriff des „Zonenrandgebietes“, einem wegen der ungünstigen geographischen Lage mit unzureichender Infrastruktur ausgestatteten Wirtschaftsraum, der zu seiner Entwicklung daher besondere Fördermaßnahmen benötigte.

**„Problemzonen“
werden meist nur
an dem ökonomischen
Kriterium
des Bruttoinlands-
produkts (BIP)
gemessen.**

Ein ökonomischer Rückstand wird gemeinhin am Wohlstandsziel und dessen Erreichung gemessen und durch Vergleiche mit anderen Ländern oder Regionen dann manifestiert.

Hierzu wird die wirtschaftliche Leistung in einer Periode erfasst und bewertet, die dann im Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder im Bruttonationaleinkommen (BNE) – *den meisten noch in der früheren Terminologie als Bruttosozialprodukt (BSP) geläufig* – ihren Ausdruck findet. Meist findet das BIP Verwendung, wobei eine Veränderung dieser „Wohlstandsgröße“ gern gleichgesetzt wird mit entsprechenden Wohlstandsänderungen.

Hier stellt sich zunächst die Frage nach der Eignung des BIP und dessen Wachstumsrate als Wohlstandsindikator:

Erfasst und bewertet werden nur die ökonomischen Leistungen, die auch einen Preis am Markt erzielen und entsprechend gemessen werden (dadurch entfallen alle Leistungen ohne Preis, aber auch die mit dem Begriff „Schattenwirtschaft“ umschriebenen Leistungen, die zwar einen Preis haben, aber nicht offiziell erfasst werden).

Die Bewertung der Leistungen erfolgt zu Marktpreisen, die von der individuellen Wertschätzung der Menschen, die solche Leistungen nutzen, durchaus abweichen kann.

Freizeit als Alternative zu Arbeit findet genauso wenig Berücksichtigung wie die „sozialen Kosten“, die sich zum Beispiel in der Wohlfahrtsminderung durch Umweltverschmutzung niederschlagen. Das alte Argument, dass umweltverschmutzende Produktion und anschließende Wiederherstellung des alten Zustandes sich doppelt „positiv“ bei der Messung von Wirtschaftskraft niederschlägt, hat nichts von seiner Gültigkeit und der berechtigten Kritik dieser Wohlstandsmessungen verloren.

Generell lässt sich feststellen, dass die Wohlstandsmessung über das BIP ausschließlich ökonomische Größen berücksichtigt und damit wohlfahrtsrelevante Größen wie soziale Sicherheit, politische Freiheit oder auch intakte Umwelt vernachlässigt.

Wohlstandsmessung muss auch soziale, politische und ökologische Größen berücksichtigen

Weiterhin muss unterschieden werden, ob die im Wirtschaftsraum („WO?“) erbrachte Leistung – wie das BIP – die relevante Zielgröße ist oder aber die von den zum betreffenden Wirtschaftsraum gehörenden Menschen („WER?“) – gemeint ist das Nationaleinkommen, früher Sozialprodukt. Unterschiede tauchen besonders durch Ein- und Auspendler auf, was für die „Problemzonen“, die wir heute diskutieren, durchaus bedeutsam ist.

Letztendlich muss die wirtschaftliche Leistung in eine sinnvolle Beziehung gesetzt werden – entweder in Relation zu den im betreffenden Wirtschaftsraum lebenden Menschen (das Ergebnis ist das so genannte Pro-Kopf-Einkommen PKE – oder zu den Erwerbstätigen, die diese Leistung erbracht haben = BIP/ET, woraus sich dann auch die immer wieder diskutierten Produktivitätskennziffern ableiten lassen).

Die genannten Probleme gelten natürlich für die BIP-Messung in allen Ländern und Regionen. Ein Problem bei der Vergleichbarkeit und damit dem Feststellen von Problemzonen taucht dann auf, wenn diese BIP-Bestimmungspro-

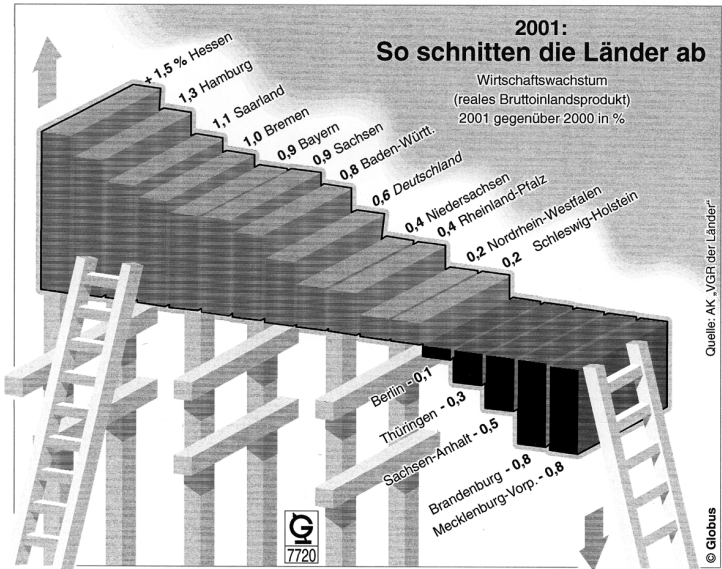
blematik in den verschiedenen Sektoren und Regionen in unterschiedlichem Ausmaß auftritt.

Bedeutung kommt der BIP-Messung zweifellos zu, wenn Verteilungsspielräume gesucht werden. Eine Zunahme des BIP oder auch des BIP pro Kopf ermöglicht Verteilungs- und damit Sozialpolitik, ohne den besser Gestellten etwas von ihrer „Wohlstandssituation“ nehmen zu müssen. Mit anderen Worten: Einen erwirtschafteten Zuwachs zugunsten ökonomisch schwächer Gestellter umzuverteilen fällt leichter und damit auf mehr Akzeptanz, als Umverteilung zu Lasten einer Gruppe vorzunehmen, die dann tatsächlich Einbußen ihres Wohlstandes erleiden müsste.

In der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen und vor allem Wahlkampf geprägten Diskussion ist eine Debatte um Deutschlands Position im Vergleich zu den anderen Mitglieds-ländern der Europäischen Union entbrannt, die „Schlusslichtdiskussion“.



Hierbei wird auf die Wachstumsrate des BIP im Jahr 2001 abgestellt, nach der die wirtschaftliche Leistung in Deutschland nur um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen ist.



Sofern die oben genannten Probleme der BIP-Messung beiseite bleiben, kann festgestellt werden:

- 1) Natürlich ermöglichen höhere Wachstumsraten mehr Beschäftigung, breitere Umverteilungsspielräume etc. Daher ist es natürlich wünschenswert, auch in Deutschland wieder höheres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen.
- 2) Wachstumsraten beziehen sich auf Basiswerte; je höher die Basis, umso schwieriger ist die weitere hohe prozentuale Steigerung. Daher haben wirtschaftlich schwächere Länder meist deutlich höhere Steigerungsraten – ausgehend vom niedrigen Niveau – als die ökonomisch reichen Länder.
- 3) Eine seriöse Aussage zur wirtschaftlichen Leistung erfordert die Kenntnis, wie viele Menschen diese Leistung er-

Die Diskussion um prozentuale Wachstumsraten zielt am Problem vorbei.

bracht haben, d.h. die ermittelten BIP-Werte sind durch die Anzahl der Erwerbstätigen zu dividieren (*siehe oben*).

4) Eine aussagekräftigere Einschätzung ergibt sich zudem, wenn die Leistung BIP in Beziehung gesetzt wird zur Anzahl der im Wirtschaftsraum lebenden Menschen = das Pro-Kopf-Einkommen = PKE (*siehe oben*).

***Deutschland ist
keineswegs
Schlusslicht.***

5) Schlecht ins Bild zum Schlusslicht passt auch, dass Deutschland nach wie vor als reichstes Land in Europa auch der mit Abstand größte Nettozahler in den EU-Haushalt ist. Niemand sollte Zweifel hegen, dass diese Position für Deutschland gerechtfertigt ist – mit Schlusslicht hat dies nichts zu tun.

Diese Punkte sollen helfen, ein Argument besser zu verstehen, das die meisten aus der Diskussion um die besondere Problematik einer Gruppe von Ländern auf dieser Erde kennen:

***Die ökonomisch
schwachen Länder
müssen aufholen.***

Die Analyse der binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer hat gezeigt, dass wirkungsvolle und angepasste Strategien nur helfen können, wenn die Länder dadurch anhaltend höhere Wachstumsraten als die „entwickelten“ Länder erzielen können. Mit anderen Worten: die Schere zwischen „arm“ und „reich“ lässt sich nur schließen durch einen entsprechenden „Aufholprozess“. Gilt dies für Entwicklungsländer, so gilt dies natürlich auch innerhalb Europas, Die ökonomisch schwächeren Länder müssen höhere Wachstumsraten als die stärkeren Länder haben. Wie sonst können Griechenland, Portugal, Finnland oder auch Irland an das europäische Spitzenniveau herangeführt werden?

Gilt dieses Argument also für Entwicklungsländer und innerhalb der EU, dann natürlich auch innerhalb einzelner Länder für bestimmte Regionen. Daher ist eine Diskussion um vernünftige Wachstumsraten geboten – nicht aber widersprüchliche Aussagen je nach Wind des Wahlkampfes! Warum national andere Argumentation als international?

Zurück zum Begriff der Problemzonen, in denen die Unternehmen nicht oder nicht ausreichend investierten:

Mit Problemzone ließe sich dann ein regional begrenztes Gebiet bezeichnen, in dem das Niveau und die Wachstumsrate von BIP, PKE und BIP pro Erwerbstätigen geringer sind als in anderen Regionen des betrachteten Wirtschaftsraumes, in unserer heutigen Diskussion das Land Bundesrepublik Deutschland.

Die Folgen eines solchen ökonomischen Rückstandes sind in vielen Bereichen zwangsläufig.

Der Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch ein zu geringes Angebot an Arbeitsplätzen bei zunächst gleich bleibender Nachfrage nach Beschäftigungsverhältnissen, so dass die Arbeitslosigkeit absolut und relativ ansteigen wird.

Die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten der Menschen in dieser Region sind ungünstiger als im Durchschnitt des Landes, gut ausgebildete Bewohner suchen Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Region. Günstigenfalls werden sie zu Pendlern und stellen dann wenigstens bei den regelmäßigen Heimaufenthalten die Kaufkraft für diesen Wirtschaftsraum sicher.

Selten liegen Problemzonen im Zentrum, vielmehr ist eine ungünstige Infrastruktur typisches Merkmal dieser Wirtschaftsräume – von Verkehrswegen über Bildungs- und Kultur- bis zu sozialen Einrichtungen wie auch der Gesundheitsversorgung.

Kennzeichen von Problemzonen ist eine ungünstige Infrastruktur.


Einher geht mit den oben genannten Charakteristika meist eine zunehmende Ausländerproblematik, da nachweislich bei verschlechterter wirtschaftlicher Lage vermeintliche „Randgruppen“ zur Zielscheibe von Kritik, Neid und manchmal mehr als dieses werden – auch hier bedient man sich einfacher Strukturmerkmale, um zu differenzieren und auch zu diffamieren.

Solche Problemzonen gibt es in vielen Regionen Ostdeutschlands – andere sprechen lieber von den „neuen Bundesländern“, aber eben auch in westdeutschen Bundesländern (*als Beispiele seien Friesland, Teile des Ruhrgebietes, das Saarland oder auch die Oberpfalz genannt*). Hier wollen wir uns gleichwohl auf die ostdeutschen Bundesländer konzentrieren und dabei die Argumentation auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentrieren und beschränken.

Woran wird nun der beklagte Rückstand der ostdeutschen Bundesländer gemessen ?

Ein Kriterium ist das Pro-Kopf-Einkommen oder das BIP/Erwerbstätigen

Wirtschaftsleistung länderweise		in Euro je Erwerb- tätigen
Bruttoinlandsprodukt 2001 in Mrd. Euro		
Nordrhein-Westf.	459,6 Mrd. Euro	55 040
Bayern	357,3	56 740
Baden-Württ.	302,5	56 730
Hessen	185,4	61 420
Niedersachsen	179,4	51 530
Rheinland-Pfalz	91,8	52 050
Berlin	75,7	48 620
Sachsen	74,3	38 300
Hamburg	73,5	70 210
Schleswig-Holstein	63,0	51 230
Sachsen-Anhalt	42,3	40 940
Brandenburg	42,3	40 800
Thüringen	39,9	37 770
Mecklenburg-Vorp.	28,9	39 580
Saarland	24,5	48 360
Bremen	22,4	57 680

© Globus Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“  7718

Bei der Beurteilung des am BIP gemessenen Rückstandes empfiehlt sich dann ein Blick auf die Zusammensetzung des BIP, um Ansatzpunkte für Stärken und Schwächen einer gebildeten Wirtschaftsstruktur zu finden, deren Leistung am ausgewiesenen BIP manifestiert wird.

a) Die Messung des BIP von der *Entstehungsseite* zielt darauf ab, in welchen Sektoren / Wirtschaftsbereichen die Leistung erbracht wird und die Einkommen erzielt werden.

Diese Betrachtung gibt Aufschluss über den Strukturwandel und liefert Erkenntnisse über Potenziale der betrachteten Volkswirtschaft.

b) Die Messung des BIP von der *Verwendungsseite* dagegen untersucht, wofür die erzielten Einkommen verwendet wurden. Die Aufgliederung erfolgt dabei mit Hilfe der bekannten Verwendungsgleichung des Bruttoinlandsproduktes: $BIP = C + I + G + (X - M)$

Mangelt es in den ostdeutschen Bundesländern an Investitionen?

Zwar haben die Investitionen als Bestandteil des BIP nicht die allergrößte Bedeutung – im vergangenen Jahr war deren Anteil weit geringer als derjenige der privaten Konsumausgaben (59 %) und der Exportnachfrage (35 %) und etwa auf dem Niveau des Staatsverbrauchs (*knapp 20 %*). Allerdings sind die Investitionen dynamisch und nicht statisch zu bewerten. Sie ziehen Folgeinvestitionen nach sich und durch die entstandenen Einkommen wie auch durch die Beschäftigungsverhältnisse sind in der Folgezeit weitere Konsumausgaben zu erwarten, die zu entsprechendem Wachstum des BIP dort führen und damit zur Entwicklung der Region beitragen.¹

¹ Da die Importe zum Angebot der Volkswirtschaft zählen und als Vorleistungen zum BIP beitragen, addieren sich Konsum-, Investitionsnachfrage, Staatsverbrauch und der Außenbeitrag (Exporte minus Importe) zum BIP und damit zu 100 %. Der Außenbeitrag betrug im Jahr 2001 2 % des BIP:

Investitionen in „Problemzonen“

Bei der Suche nach Ursachen für ausbleibende oder zu geringe Investitionen gilt es, die Frage nach den Investitionsmotiven zu beantworten. Warum werden Investitionen vorgenommen, warum unterbleiben trotz Fördermaßnahmen Investitionen?

Ein potenzieller Investor zeichnet sich dadurch aus, dass er über finanzielle Mittel verfügt, die er mittel- bis langfristig im Wirtschaftsprozess einzusetzen bereit ist. Bei den möglichen Projekten gilt es, dabei zu unterscheiden zwischen Sachinvestitionen einerseits und Finanzinvestitionen andererseits. Der Investor erwartet für sein Engagement in der Regel eine „Entlohnung“ in Form einer Rendite des eingesetzten Kapitals.

Natürlich steht nicht nur die Art der Investition (in Finanz- oder in Sachinvestitionsprojekte) zur Disposition, sondern auch der regionale Standort des Vorhabens. Kapital für Investitionen kann nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern europa- und weltweit eingesetzt werden.

Diese Ausgangslage sollten all diejenigen nicht vergessen, die in jüngster Zeit heftige Kritik an der Reform der Unternehmensbesteuerung geäußert haben. Natürlich erfreut es nicht, wenn die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer deutlich rückläufig sind, genauso löst es wenig Begeisterung aus, wenn der Fiskus an Großunternehmen Steuerrückzahlungen leisten muss. Die Frage ist nur, welche vernünftigen Alternativen bestehen. In der heutigen Wirtschaftswelt, die durch engste internationale Verflechtung gekennzeichnet ist, – man spricht gern von Globalisierung – bestehen für Unternehmen und damit für potenzielle Investoren weltweit attraktive Einsatzmöglichkeiten für ihr Kapital. Ein Investitionsstandort, der unattraktive Steuergesetzgebung aufweist, scheidet schnell als Alternative aus, wie auch die Unternehmen Standorte aufgeben können und werden. So betrachtet besteht zur Gewährung von Steuererleichterungen meist keine Alternative – außer es gelingt, eine interna-

**Die Körperschafts-
steuer schadet
dem Investitions-
standort Deutsch-
land.**

tionale Allianz einheitlicher Steuerregelungen zu schmieden, aus der kein Land ausschert. Gleichwohl sollte nicht vergessen werden, dass auch bei fehlenden oder nur geringen Einnahmen aus der Körperschaftssteuer Arbeitsplätze, Lohneinkommen und Einnahmen aus den indirekten Steuern erhalten bleiben, auch wenn die ausbleibende Körperschaftssteuer schmerzen mag.

Wenn der potenzielle Investor sein Kapital für eine Finanzinvestition einsetzt, erzielt er die Rendite durch die effektive Verzinsung, die sich am vereinbarten Zinssatz pro Periode sowie etwaiger Kursschwankungen bemisst. Nimmt er dagegen eine Sachinvestition vor – er engagiert sich also in Realkapital wie beispielsweise in ein Motorenwerk – trägt er wegen der größeren Unwägbarkeiten auf Kosten- und Ertragsseite ein deutlich höheres Risiko bei der Erwartung, eine entsprechende Rendite zu erzielen. Bei rationalem Verhalten wird ein solcher potenzieller Investor dieses Risiko nur eingehen, wenn er einen Risikoaufschlag = Risikoprämie erhält.

Welche Besonderheiten weisen nun Realinvestitionen in den neuen Bundesländern auf, die möglicherweise für potenzielle Investoren zum Hindernis werden?

Auf der Ertragsseite ist die Problematik vergleichsweise gering, da Absatzprobleme bisher eigentlich nicht zu erkennen sind. Gleichwohl führt natürlich die geringere Kaufkraft in den neuen Bundesländern zu entsprechend leicht geringerem Nachfrageverhalten. Die Absatzchancen für Investoren sind dadurch jedoch nur dann eingeschränkt, wenn die produzierten Güter regional begrenzt abgesetzt werden. Solche Investitionsprojekte stehen heute aber nicht zur Diskussion.

Probleme für die Investoren sind eher auf der Kostenseite zu sehen, da noch immer – trotz niedrigerer Löhne – die Produktivität in den neuen Bundesländern erheblich geringer ist im Vergleich zu Standorten in den alten Bundesländern. Dies sind – wie immer in volkswirtschaftlichen Betrachtungen – Durchschnittsgrößen, die sich einfach bestimmen lassen

Die Produktivität in den neuen Bundesländern ist nach wie vor geringer als im Westen.

durch das Verhältnis von erbrachter Leistung (BIP) dividiert durch eingesetzte Arbeitszeit. Da die Produktivitätsunterschiede größer sind als die Lohndifferenzen, muss zwangsläufig ein Kostennachteil in den neuen Ländern resultieren.

Dem steht aber der Staat mit seiner Wirtschaftspolitik entgegen, die durch vielerlei Fördermaßnahmen versucht, die bestehenden Nachteile an ostdeutschen Standorten aufzufangen und auszugleichen. Eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Maßnahmen ist hier nicht möglich – die Tendenzaussage ist gleichwohl erlaubt, dass diese Förderungen die Rendite der Investoren verbessert und daher gern genutzt wird, solange sie gilt.

Trotzdem reichen die Investitionen nicht aus. Ein weiterer Grund ist dann in der möglicherweise noch nicht befriedigend ausgebauten Infrastruktur zu sehen. Niemand wird bestreiten, dass seit 1990 durch den Staat eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur bereitgestellt wurde – man denke an das Verkehrswesen, die Telekommunikation, aber auch im Handelsbereich. Gleichwohl ist dieser Prozess noch nicht abgeschlossen und potenzielle Investoren erwarten neben den harten Standortfaktoren auch die so genannten „weichen“ Faktoren, die gerade außerhalb der großen Städte in Ostdeutschland noch zu wünschen übrig lassen.

Die Infrastruktur außerhalb der großen Städte in Ostdeutschland lässt noch zu wünschen übrig.

Nicht zu vernachlässigen sind darüber hinaus auch schwer zu beziffernde, nicht ökonomische Faktoren wie „Weltoffenheit, Image, Stimmung, Vorurteile etc“. Diese subjektiven Determinanten unternehmerischen Engagements spielen eine nicht unerhebliche Rolle und begegnen beiden Partnern – dem Investor wie auch den Menschen, in deren Region ein Vorhaben realisiert werden soll.

Auch subjektive Faktoren spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.

Somit bleibt als Kennzeichen der Problemzonen, dass neben harten ökonomischen Faktoren auch die weichen Kriterien Nachteile aufweisen gegenüber Alternativen, die eben nicht nur national, sondern international konkurrieren.

Thesen zum Thema

1. Regionale Vergleiche nach immer gleichem Muster führen in die Irre – Problemzonen gibt es in jedem größeren Wirtschaftsraum

Der ständige Vergleich in allen Lebensbereichen nach dem Strukturmerkmal „Ost“ – „West“ ist weder hilfreich noch angebracht. Jede Region – auch in den „alten Bundesländern“ hat unterschiedliche Strukturen und damit Stärken und Schwächen, die es zu entwickeln oder zu beseitigen gilt. Vorurteile auch bei potenziellen Investoren werden durch diese immer gleichen Strukturvergleiche verfestigt. Auch das früher gern benutzte Bild des „Nord-Süd-Gefälles“ war zwar eingängig, aber eben wenig hilfreich bei der Suche nach geeigneten strukturpolitischen Maßnahmen.

2. Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern sollten die anderen Transformationsstaaten sein

Es darf nicht vergessen werden, dass in den neuen Bundesländern 40 Jahre lang ein anderes – nicht am Markt orientiertes – Wirtschaftssystem herrschte. Die katastrophalen ökonomischen Folgen sind hinreichend bekannt und sicher auch die Hauptursache für das Scheitern des Gesellschafts-systems. Viele Menschen haben aber in diesem System den Großteil ihres Berufslebens verbracht und daher auch entsprechende ökonomische Denkweisen gelernt und gelebt. Wenig verwunderlich ist daher, dass die Anpassung an ein völlig anderes Wirtschaftssystem Zeit erfordert. Dieser Transformationsprozess ist eigentlich – trotz vieler noch bestehender Unzulänglichkeiten – weit fortgeschritten.

Maßstab muss doch die ökonomische Situation in den anderen Transformationsstaaten wie Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien etc. sein und nicht das Niveau in der alten Bundesrepublik, wo die Menschen 40 Jahre länger Zeit hatten, in einem marktwirtschaftlichen System ihren Platz und ihren ökonomischen Wohlstand zu finden. Beim Vergleich

Maßstab müssten die ehemals „sozialistischen“ Staaten sein, und nicht ein seit langer Zeit marktwirtschaftliches System.

mit allen anderen Transformationsstaaten schneiden die neuen Bundesländer gut ab – ein Beleg für die durchaus erreichten Fortschritte.

3. Finanzielle Förderung hat auch zu merklichen Erfolgen geführt

Es sollte nicht geleugnet werden, dass die bisherige finanzielle Förderung gerade in die Infrastruktur den neuen Bundesländern merkliche Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht haben. Das erreichte Niveau der Verkehrsinfrastruktur wird inzwischen von den Menschen anderer Regionen genauso bewundert wie das moderne Telekommunikationsnetz, das in Europa seinesgleichen sucht. Durch den schon seit vielen Jahren erhobenen Solidaritätszuschlag, der auch in absehbarer Zukunft nicht zur Disposition zu stehen scheint, sind sehr beachtliche Finanzströme in die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands gelenkt worden. Zudem wurde kürzlich der Solidarpakt im Rahmen des Finanzausgleichs bis ins Jahr 2017 verlängert, so dass verlässliche Planungsgrundlagen bestehen.

Die Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur in den neuen Bundesländern haben ein hohes Niveau.

4. Ein funktionierender Föderalismus bedeutet nicht eine homogene Wirtschaftsstruktur und absolut gleiche Lebensverhältnisse

Deutschland zeichnet sich durch seine Vielfältigkeit aus, die auch im Föderalismus ihren Ausdruck findet. Die Bundesländer haben ihre eigenen Stärken und Schwächen bei sehr unterschiedlichen kulturellen, geographischen wie eben auch ökonomischen Bedingungen. Dies sollte nicht nivelliert werden. Die Länder haben im Bundesrat ihr Mitwirkungsrecht im Gesetzgebungsverfahren – was trotz gelegentlicher politischer Missbräuche letztendlich gut funktioniert. Absolut gleiche Lebensverhältnisse gab es nie und muss es auch nicht geben – dies ist schon deshalb selbstverständlich, da es kein allseits akzeptiertes Charakteristikum gibt.

5. Die EU-Osterweiterung wird Anpassungsprozesse erfordern – „Aufforstung unrentabler Flächen?“

Die Erweiterung der EU nach Osten wird kommen und neben vielen ökonomischen, politischen und kulturellen Chancen natürlich auch Anpassungsprobleme in den Problemzonen nach sich ziehen. Neue Standorte werden um Investoren werben, Arbeitskräfte mögen zu niedrigeren Löhnen für Beschäftigung zur Verfügung stehen. Noch mehr wird es dann auf die Produktivität und natürlich auch die Qualität der Arbeit ankommen.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat hierzu kürzlich bei einem Vortrag im Erfurter Rathaus die These vertreten, dass durch die Osterweiterung unrentabel gewordene Agrarflächen nicht künstlich mit dauerhaften Subventionen gestützt werden sollten. Besser sei eine Aufforstung in diesen mehr und mehr verödenen Regionen, während die kostengünstigere Agrarproduktion weiter nach Osten verlagert werde. Eigentlich spricht einiges für diese These!

***Keine dauerhaften
Subventionen
für unrentable
Flächen geben!***

6. Die deutsche Mentalität ist gekennzeichnet von Befindlichkeiten

Es gehört zum Wesen des Deutschen, dass er skeptisch ist, wenig Mut zu Risiken hat, gern das Haar in der Suppe sucht und eben Erfolge, die erreicht wurden, nicht entsprechend zu würdigen weiß.

Die Diskussion um Problemzonen und eine Bilanz nach 11 Jahren Transformationsprozess in Ostdeutschland zeigt dieses sehr deutlich. Es werden immer wieder Argumente gesucht und Vergleiche gezogen, die Missstände zeigen sollen und Rückstände bei gewählten Strukturmerkmalen anprangern wollen. Bei allem Respekt vor begründeten Befindlichkeiten hilft auch hin und wieder ein Blick auf Chancen, auf Erreichtes. Die Problemzonen sind genauso unterschiedlich wie andere Regionen und sollten differenziert betrachtet werden – immer unter dem Blickwinkel, wo Chancen liegen, die genutzt werden können.

***Unterschiede gibt
es überall. Er ist
gut, auch die Ver-
besserungen und
Chancen zu regi-
strieren.***

7. Wirtschaft besteht zu mindestens 50 % aus Psychologie

Die abschließende These ist einfach, richtig und wird gerne als Offenbarungseid der Ökonomen fehlgedeutet. Natürlich spielt die Psychologie wie überall im Leben eine große Rolle. *Positiv denken!* Wenn es stimmt, dass die Gesundheit der Menschen nur im Einklang von Physis und Psyche erhalten werden kann, so kann Wirtschaft auch nur funktionieren, wenn neben den harten Faktoren psychologische Aspekte Berücksichtigung finden. Gerade für die heute diskutierten Problemzonen ist es unabdingbar, positive Einschätzungen zu erlangen, Vorurteile abzubauen und eben die Investoren mit einer positiven Grundstimmung gewinnen zu können.

Anhang

Biografie Karl Schwarz

Geboren am 17. September 1917 in Ludwigshafen am Rhein, verheiratet, 5 Kinder

1947–1949 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mainz, Abschluss als Diplomvolkswirt

1954 Promotion zum Dr. rer. pol.

1950–1953 Hauptreferent für Bevölkerungsstatistik beim Statistischen Landesamt Rheinland–Pfalz in Bad Ems

1953–1979 Referent, Gruppenleiter und seit 1968 Abteilungsleiter beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden

1966–1979 Vertreter des Bundeswahlleiters

1979–1982 Direktor und Professor des Bundesamtes für Bevölkerungsforschung

1980–1995 Lehrbeauftragter an der Universität Mainz

1982–1986 Lehrbeauftragter, ab 1985 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bamberg

1975–1982 Vertreter der Bundesregierung im Ausschuss für Bevölkerungsstudien des Europarates in Straßburg

1980–1982 Mitglied des wiss. Beirates der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

1980–1982 Ständiges Gastmitglied, *1983–1995* Ordentliches Mitglied des wiss. Beirates für Familienfragen beim BMJFFG

seit 1960 Mitglied der Internationalen Union für Bevölkerungswissenschaft (IUSSP)

seit 1985 Mitglied der Europäischen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft(EAPS)

seit 1964 Mitglied der Deutschen Statistischen Gesellschaft

seit 1955 Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw)

1976–1985 und 1991–1994 1. Vorsitzender der DGBw

seit 1963 ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover

Biographie Wolf Wagner

1944 in Tübingen geboren.

1960/61 mit 16 Jahren für ein Jahr in Clark, South Dakota USA

1963 Abitur in Tübingen, anschließend Studium in Tübingen (Germanistik, Amerikanistik, Philosophie, Politische Wissenschaft)

1964 Werksemester in Villigst

1965 Studium in Bonn (Anglistik, Philosophie, Politische Wissenschaft)

1966 Studium an der Freien Universität Berlin (Politische Wissenschaft)

1969 Dipl. pol. am Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin

1970 Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin

1976 Promotion zum Dr. rer. pol. am Fachbereich Politische Wissenschaft in Berlin

1976 Hochschulassistent (Assistenzprofessor) am Fachbereich Politische Wissenschaft in Berlin

1979 Habilitation am Fachbereich Politische Wissenschaft in Berlin

1982 bis 1985 Studien- und Forschungsreise durch Lateinamerika und Asien

1985 bis 1992 Therapeut in eigener Praxis, sowie bis 1992 Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaft in Berlin

1991 Lehrauftrag an der Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Sozialwesen

1992 Professor am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt

1993–1995 Prorektor an der Fachhochschule Erfurt

1997–2001 erneut Prorektor für Lehre

seit 2002 Rektor der Fachhochschule Erfurt

Autor mehrerer bekannt gewordener Bücher, so der Dauerbestseller:

- „Uni-Angst und Uni-Bluff – Wie studieren und sich nicht verlieren“ und
- „Kulturschock Deutschland“ und
- „Kulturschock Deutschland – Der zweite Blick“

Biografie Klaus Merforth

Geboren in Göttingen

1964–1976 Grundschule und Gymnasium in Wiesbaden;
Abschluss: Reifeprüfung (mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig)

1976–1982 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen, Schweiz; Abschluss: Dipl. Volkswirt

1977–1981 Werkstudent in der Deutschen Pfandbriefanstalt, Wiesbaden (heute: Deutsche Pfandbriefbank AG)

1983–1987 Assistent im Fachgebiet „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ der Universität Essen Gesamthochschule

1985 Forschungsaufenthalt in Sri Lanka zur Vorbereitung der Dissertation zum Thema „Das entwicklungspolitische Instrument Freihandelszone – unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen in Sri Lanka“ (Abschluss 1987)

1986–1987 Nebentätigkeit als Dozent an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Essen

1987–1992 Mitarbeiter in der Abteilung „Außenhandelsfinanzierungen“ der Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf (Schwerpunkt: Exportfinanzierungen)

1991 und 1992 Durchführung einwöchiger Wirtschaftseminare an der Universität Dresden für das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Essen GHS

1992–1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Industrie- und Handelskammer Hannover in den Abteilungen „Handel und Dienstleistungen / Finanzen“ sowie „Außenwirtschaft“ (Banken und Versicherungen, Finanzierung, Existenzgründungsberatung, Auslandsmarkterschließung, Weltausstellung EXPO 2000)

seit 1998 Lehrbeauftragter an der Fernfachhochschule Hamburg, Studienzentrum Hannover

seit 01.09.1998 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Erfurt

Einladung

Konferenz

Friedrich-Ebert-Stiftung,

Landesbüro Thüringen

Erfurt, 23. Mai 2002

in der Fachhochschule Erfurt

Arbeitsmarktpolitik und Strukturwandel:

Stirbt der Osten aus?

Folgen der Abwanderung und mögliche Gegenstrategien

Schon unmittelbar nach dem Fall der innerdeutschen Grenze begann eine Abwanderungswelle junger, meist gut ausgebildeter Menschen von Ost- nach Westdeutschland. Trotz intensiver finanzieller Förderung des Ostens durch die Bundesregierung konnte dieser Trend bis zum heutigen Tag nicht gestoppt werden, im Gegenteil, nach wie vor zieht es Fachkräfte in den Westen.

Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung? Nur an der schlechten Bezahlung im Osten?

Auf der Konferenz soll über die Folgen dieser Abwanderung, aber auch über mögliche Gegenstrategien informiert und mit Bevölkerungswissenschaftlern, Politologen und Wirtschaftswissenschaftlern diskutiert werden.

Programm

- 14:00 Uhr Begrüßung
Reinhold Einloft,
Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen
- 14:10 Uhr Grundsatzreferat: *Auch die Ostdeutschen
sterben so bald nicht aus*
Prof. a. D. Dr. Karl Schwarz
ehemaliger Leiter des Bundesinstituts für
Bevölkerungsforschung beim Statistischen
Bundesamt Wiesbaden
- 14:50 Uhr Fragen zum Grundsatzreferat
- 15:00 Uhr Referat: *Warum kommen, warum gehen
hochqualifizierte Arbeitskräfte: Liegt es
tatsächlich nur am Geld?*
Prof. Dr. Wolf Wagner, Fachhochschule Erfurt
- 15:30 Uhr Fragen zum Referat
- 15:40 Uhr Referat: *Warum siedeln Unternehmen trotz
massiver öffentlicher Förderung nicht in
„Problemzonen“ an?*
Prof. Dr. Klaus Merforth, Fachhochschule
Erfurt
- 16:20 Uhr Fragen zum Referat
- 16:30 Uhr Pause
- 17:00 Uhr Podiumsdiskussion der Referenten mit dem
Publikum
- 18:25 Uhr Danksagung und Verabschiedung
- Moderation: Carsten Schneider,
Mitglied des Bundestages

Notizen

Notizen

